

INTERLLOYD VERSICHERUNGS-AG

Geschäftsbericht 2022

JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT



5
5-30



30

ARAG **5-30**

Interlloyd
VERSICHERUNGS-AG

Konzernstrategie ARAG 5→30

Wer seine Ziele kennt, findet den richtigen Weg. Vor allem in Zeiten großer Herausforderungen und tiefgreifender globaler Umbrüche ist Orientierung wichtig. Die ARAG hat deshalb ihre Konzernstrategie weiterentwickelt und setzt dabei auf fünf Handlungsfelder. ARAG 5→30 zeigt, wohin der Konzern bis 2030 will und was für die Gestaltung seiner Zukunft wichtig ist.

Inhalt

Kennzahlen	4
<hr/>	
Das Profil des ARAG Konzerns	5
<hr/>	
Lagebericht	6
I. Grundlagen der Gesellschaft	6
II. Wirtschaftsbericht	8
III. Abhängigkeitsbericht und Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	15
IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht	16
<hr/>	
Jahresabschluss	27
<hr/>	
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	51
<hr/>	
Bericht des Aufsichtsrats	58
<hr/>	
Weitere Informationen	61
<hr/>	

Überblick

Kennzahlen Interlloyd Versicherungs-AG

(in Tausend Euro)	2022	Veränderung	2021	2020
Umsätze				
Gebuchte Bruttobeiträge	60.258	0,03 %	60.239	60.803
Verdiente Beiträge für eigene Rechnung (f. e. R.)	28.803	-0,56 %	28.965	29.268
Aufwendungen				
Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.	15.625	14,81 %	13.610	13.908
Schadenquote (Basis: Verdiente Beiträge)	54,25 %	7,26 %-Pkt.	46,99 %	47,52 %
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.	11.144	-5,49 %	11.791	11.839
Kostenquote (Basis: Verdiente Beiträge)	38,69 %	-2,02 %-Pkt.	40,71 %	40,45 %
Ergebnisübersicht				
Versicherungstechnisches Ergebnis vor Schwankungsrückstellung, brutto	2.007	521,76 %	323	6.972
Versicherungstechnisches Ergebnis vor Schwankungsrückstellung f. e. R.	1.472	-51,69 %	3.048	3.028
Versicherungstechnisches Ergebnis nach Schwankungsrückstellung f. e. R.	1.755	-44,20 %	3.146	1.978
Kapitalanlageergebnis	50	-91,58 %	593	655
Sonstiges Ergebnis	-1.247	-67,28 %	-745	-806
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	559	-81,34 %	2.994	1.827
Jahresüberschuss (vor Ergebnisabführung aus Ergebnisabführungsvertrag)	521	-82,39 %	2.961	1.764
Kennzahlen				
Versicherungstechnische Rückstellungen/ Verdiente Beiträge f. e. R.	152,80 %	3,10 %-Pkt.	149,70 %	146,07 %
Eigenkapital/Verdiente Beiträge f. e. R.	25,67 %	0,14 %-Pkt.	25,52 %	25,26 %

Das Profil des ARAG Konzerns

Ein Überblick

Der ARAG Konzern ist das größte Familienunternehmen in der deutschen Assekuranz und der weltweit größte Rechtsschutzversicherer. Bei seiner Gründung vor über 85 Jahren war das Unternehmen rein auf den Rechtsschutz ausgerichtet. Heute positioniert sich die ARAG als innovativer Qualitätsversicherer – international und unabhängig. Zusätzlich zum Rechtsschutzgeschäft bietet sie in Deutschland auch sehr leistungsfähige, bedarfsorientierte Produkte und Services in den Bereichen Komposit und Gesundheit an. Neben dem spartenübergreifenden Wachstum im deutschen Markt setzt das Unternehmen zudem gezielt auf Wachstumspotenziale im internationalen Rechtsschutzgeschäft: Die insgesamt über 4.700 Mitarbeiter erwirtschaften ein Umsatz- und Beitragsvolumen von über 2,2 Milliarden €.

Die ARAG SE verantwortet die operative Konzernführung sowie das operative Rechtsschutzgeschäft national und international. Für die anderen Geschäftsbereiche und deren operative Führung sind die ARAG Versicherungs- und Dienstleistungsgesellschaften verantwortlich. Die vermögensverwaltende ARAG Holding SE bildet das gesellschaftsrechtliche Dach des Konzerns mit seinen Tochter- und Enkelgesellschaften.

Rechtsschutzversicherung

Im Kernsegment Rechtsschutz wächst die ARAG national und international dynamisch und gestaltet ihre Märkte mit innovativen Produkten sowie Services maßgeblich mit. Das internationale Rechtsschutzgeschäft ist das größte Konzerngeschäftsfeld. Weltweit hilft der Konzern seinen Rechtsschutzkunden jährlich in über einer Million Fällen und leistet seinen Beitrag, damit mitunter existenzielle Rechtsprobleme gelöst werden.

Kompositversicherung

Der Kompositversicherer ARAG Allgemeine beweist sich in seinem hart umkämpften Markt als wettbewerbsfähiger Anbieter von Sach-, Haftpflicht- und Unfallversicherungen. Mit rund 20 Millionen versicherten Breiten- und Spitzensportlern ist die Gesellschaft auch Europas größter Sportversicherer. Die Tochtergesellschaft Interlloyd ergänzt das Konzernportfolio als attraktiver Maklerspezialist im Gewerbe- und Privatkundensegment.

Personenversicherung

Mit einer breiten Palette leistungsstarker Produkte unterstreicht die ARAG Kranken im Markt der privaten Krankenversicherung ihre Rolle als einer der besten Anbieter von Krankenvoll- und Krankenzusatzversicherungen. Beim Thema Altersvorsorge rundet der ARAG Stammvertrieb sein Angebot erfolgreich mit den Produkten eines Kooperationspartners ab.

Lagebericht der Interlloyd Versicherungs-AG

I. Grundlagen der Gesellschaft

Geschäftsmodell der Gesellschaft

Die Interlloyd versteht sich als verlässlicher Maklerspezialist im Kompositbereich. Langfristige und partnerschaftliche Maklerverbindungen und eine Servicebereitschaft im Innen- und Außendienst stehen für die Gesellschaft im Mittelpunkt. Das konsequente Ausrichten von Produktentwicklung und Vertriebsaktivitäten an den Bedürfnissen der Makler und Kunden sowie die professionelle und serviceorientierte Antrags- und Schadenbearbeitung sind ein wesentlicher Baustein zum erreichten Erfolg. Die Gesellschaft bietet modularen Deckungsschutzaufbau für die privaten Sparten Unfall, Hausrat, Wohngebäude und Haftpflicht sowie für das individuelle qualifizierte Firmenkundengeschäft.

Mit tariflichen Deckungskonzepten bietet die Interlloyd insbesondere für kleine und mittlere Gewerbetreibende durch ein im Underwriting aufgestelltes Spezialistenteam gestalterisch flexible Konzepte und Lösungen. Innovative Produktergänzungen runden das Produktportfolio ab. Hohe Servicelevels sowie das breite Produktspektrum unterstützen die langfristigen Maklerverbindungen und führen zu einem nachhaltigen Bestandswachstum.

Geschäftsgebiet

Das Geschäftsgebiet der Gesellschaft erstreckt sich auf die Länder Deutschland und Spanien. Das Geschäft in Spanien wird durch eine im Geschäftsjahr 2014 gegründete Niederlassung betrieben. Neben dem deutschen Hauptsitz in Düsseldorf hat die Interlloyd eine Vertriebsaußenstelle in Hamburg.

Versicherungsbestand

Der Bestand an selbst abgeschlossenen Versicherungsverträgen betrug am Ende des Geschäftsjahres 385.803 Stück (Vj. 383.444 Stück), wobei 381.990 Stück (Vj. 379.524 Stück) auf das nationale Geschäft und 3.813 Stück (Vj. 3.920 Stück) auf die spanische Niederlassung entfielen.

Betriebene Versicherungszweige und Versicherungsarten

Der Geschäftsbetrieb der Gesellschaft erstreckt sich im selbst abgeschlossenen Geschäft auf die nachstehenden Versicherungszweige und -arten:

Unfallversicherung

Haftpflichtversicherung

- Privathaftpflichtversicherung
- Betriebs- und Berufshaftpflichtversicherung
- Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung
- Übrige und nicht aufgegliederte Haftpflichtversicherung

Rechtsschutzversicherung

Feuerversicherung

- Feuer-Industrie-Versicherung
- Sonstige Feuerversicherung

Einbruchdiebstahl- und Raub(ED)-Versicherung

Leitungswasser (Lw)-Versicherung

Glasversicherung

Sturmversicherung

Verbundene Hausratversicherung

Verbundene Wohngebäudeversicherung

Technische Versicherungen

- Elektronikversicherung
- Bauleistungsversicherung

Transportversicherung

Versicherung zusätzlicher Gefahren zur Feuer- beziehungsweise Feuer-Betriebsunterbrechungs-Versicherung (Extended Coverage (EC)-Versicherung)

Betriebsunterbrechungs-Versicherung

Beistandsleistungsversicherung

- Übrige und nicht aufgegliederte Beistandsleistungsversicherung

Sonstige Schadenversicherung

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die globale Wirtschaft sieht sich auch im dritten Jahr nach Ausbruch der COVID-19-Pandemie mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert. Vor allem die bis Ende 2022 verfolgte Null-COVID-Politik der Volksrepublik China, die mit strikten Maßnahmen wie der Schließung von Geschäften und Produktionsstätten einherging, belastete die weltweit nachgelagerten Lieferketten schwer.

Die angespannte Lage wurde durch den Anfang 2022 auf dem Staatsgebiet der Ukraine gestarteten Offensiv-Krieg der Russischen Föderation dramatisch verschärft. Als Reaktion wurden, vorrangig durch die westlichen Nationen, diverse Sanktionen gegen Russland verhängt, darunter auch die Einschränkung des Bezugs von russischen Erdgaslieferungen. Dadurch weiteten sich die bereits bestehenden Produktionsstörungen weiter aus. Darüber hinaus stiegen die Energiekosten stark und damit einhergehend die Produktionskosten von Industrieprodukten und Nahrungsmitteln. In der Folge erhöhten sich die Inflationsraten in Europa, den Vereinigten Staaten und anderen Volkswirtschaften erheblich, und die Reallöhne gingen deutlich zurück. Diese Entwicklung belastet die Haushalte und Unternehmen massiv. Die Experten des deutschen Sachverständigenrats gehen für das Berichtsjahr 2022 von einer weltweiten Teuerungsrate der Verbraucherpreise von etwa 7,6 Prozent (Vj. 3,4 Prozent) aus.

Die hohe Inflationsdynamik brachte die Notenbanken weltweit in Zugzwang, sodass die Notenbank der Vereinigten Staaten im März 2022 den Leitzins erstmals an hob und bis Jahresende weitere Erhöhungen beschloss. Die Europäische Zentralbank (EZB) folgte diesem Kurs nach anfänglichem Zögern im Herbst 2022. Befeuert durch die expansive Geldpolitik der vergangenen Jahre in nahezu allen großen Volkswirtschaften, stieg die Kreditaufnahme der öffentlichen Haushalte und damit die staatliche Verschuldung deutlich an. Angesichts der Zinserhöhungen werden nunmehr die finanziellen staatlichen Spielräume deutlich eingeschränkt.

Zwar belebten die Lockerungen der Maßnahmen zur Begrenzung der COVID-19-Pandemie im ersten Halbjahr 2022 die weltweite Konjunktur. Diese positive Wirkung wurde jedoch durch die beschriebenen Effekte des Ukraine-Kriegs und die damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten überlagert. Der dadurch geschwächte Welthandel und die reduzierte globale Industrieproduktion führten gemäß den Einschätzungen des deutschen Sachverständigenrats im Jahr 2022 zu einer weltweiten Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,8 Prozent (Vj. 6,2 Prozent).

In Deutschland verursachten Energiekrise und Inflation eine deutlich gestiegene Kostenbelastung mit einer entsprechend nachlassenden Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Für das Berichtsjahr 2022 geht der deutsche Sachverständigenrat in seinem jährlichen Gutachten von einem Anstieg des BIP für den Euroraum von etwa 3,3 Prozent (Vj. 5,3 Prozent) sowie für die nationale Wirtschaftsleistung in Deutschland von 1,7 Prozent (Vj. 2,6 Prozent) aus.

Die deutsche Versicherungswirtschaft schätzte laut Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) die Geschäftslage für das Jahr 2022 als eher negativ ein. Sie erwies sich jedoch auch in diesem herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld weiterhin als krisenresistent und verzeichnete im Berichtsjahr laut Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) lediglich einen geringen Prämienrückgang von etwa 0,3 Prozent (Vj. Wachstum von 1,7 Prozent), welcher insbesondere getrieben wurde durch ein deutliches Beitragsminus in dem von der ARAG nicht mehr betriebenen Lebensversicherungsgeschäft. Die Beitragseinnahmen aus dem selbst abgeschlossenen Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft lagen dagegen, im Wesentlichen durch inflationsgetriebene Anpassungen, mit voraussichtlich 4,0 Prozent deutlich über dem Vorjahreswachstum von 3,0 Prozent. Treiber waren hier insbesondere die Versicherungszweige der Verbundenen Wohngebäudeversicherung mit einem Zuwachs von 8,0 Prozent (Vj. 5,7 Prozent) sowie der Allgemeinen Haftpflichtversicherung mit einem Anstieg von 4,0 Prozent (Vj. 3,3 Prozent). Der Versicherungszweig der Rechtsschutzversicherung konnte sein Prämienplus aus dem Vorjahr zwar nicht übertreffen, zeigte jedoch ein erneut nennenswertes Wachstum von 3,0 Prozent (Vj. 4,5 Prozent), das durch moderate Beitragsanpassungsmöglichkeiten getragen wurde. Auch die Beitragseinnahmen im Segment der privaten Krankenversicherung, die durch Tarifanpassungen in der Krankenvollversicherung und eine anhaltende Nachfrage nach Krankenzusatzversicherungen getrieben wurden, lagen mit einem Anstieg von 3,9 Prozent (Vj. 5,7 Prozent) 2022 auf einem weiter hohen Niveau.

Geschäftsverlauf und Ertragslage

Das abgelaufene Berichtsjahr der Interlloyd stand erneut unter dem Einfluss der auch in 2022 anhaltenden COVID-19-Pandemie. Die Auswirkungen dieser Krise waren weiterhin in den diversen Geschäftsbereichen sowie in unterschiedlichsten Kennzahlen zu spüren. Insbesondere der Aufwand für Versicherungsfälle war von der Pandemie betroffen, während die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Konflikts die weltweiten Finanzmärkte und somit auch das Kapitalanlageergebnis der Gesellschaft beeinflussten.

Bedingt durch einen erneuten Stornoüberhang exklusive Beitragsanpassungen stagnierten die Prämieinnahmen der Interlloyd. Die gebuchten Bruttobeiträge beliefen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 60.258 T€ (Vj. 60.239 T€). Nach Abzug der Rückversicherungsabgaben und Veränderung der Beitragsüberträge verblieben verdiente Beiträge für eigene Rechnung von 28.803 T€ (Vj. 28.965 T€).

War der Schadenaufwand in 2021 noch maßgeblich von der Unwetterlage im Juni und Juli des Jahres beeinflusst worden, deren größten Anteil das Starkregentief „Bernd“ gehabt hatte, führten im abgelaufenen Berichtsjahr die Februarstürme „Zeynep“ und „Antonia“ zu einem Anstieg der Geschäftsjahresschadenstücke. In Summe lagen die Schadenmeldungen in dem vor allem betroffenen Versicherungszweig der Verbundenen Wohngebäudeversicherung 865 Stück über Vorjahresniveau. Darüber hinaus wurde das Berichtsjahr weiterhin von der seit Frühjahr 2020 herrschenden COVID-19-Pandemie und ihren Folgen geprägt. Hatten noch in 2021 die von der Bundesregierung vorgegebenen Kontaktbeschränkungen zu deutlich reduzierten Geschäftsjahresschadenmeldungen geführt, legten diese im abgelaufenen Berichtsjahr wieder spürbar zu und lagen im Inland über alle Versicherungszweige gerundet etwa 17 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Insbesondere in dem Versicherungszweig der Allgemeinen Haftpflichtversicherung stiegen die Schadenmeldungen 2022 mit einem Plus von fast 15 Prozent wieder deutlich an. Die Aufwendungen für Geschäftsjahres-Großschäden im nationalen Versicherungsgeschäft entwickelten sich deutlich positiver und lagen im abgelaufenen Berichtsjahr circa 4.183 T€ unter dem Vorjahr. Insgesamt ging der Bruttoschadenaufwand um etwa 1.851 T€ zurück. Die Bruttoschadenquote sank im Geschäftsjahr 2022 um 2,8 Prozentpunkte auf 53,9 Prozent. Für eigene Rechnung stieg der Schadenaufwand, bedingt durch die im Berichtsjahr wesentlich geringere Rückversicherungsentlastung, von 13.610 T€ auf 15.625 T€ an. Bezogen auf die verdienten Beiträge, legten die Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung im Berichtsjahr auf 54,2 Prozent (Vj. 47,0 Prozent) zu.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb brutto lagen mit 24.556 T€ etwa 1,0 Prozent unter Vorjahresniveau. Zurückzuführen war dies insbesondere auf die leicht niedrigeren Provisionsaufwendungen brutto, welche in etwa der Beitragsstagnation im abgelaufenen Berichtsjahr folgten und um etwa 104 T€ geringer ausfielen als im Vorjahr. In Summe reduzierte sich die Bruttokostenquote in 2022 leicht auf 40,8 Prozent (Vj. 40,9 Prozent). Netto lagen die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb mit 11.144 T€ dagegen, bedingt durch eine höhere Entlastung durch Rückversicherung, deutlich unter dem Vorjahresniveau (Vj. 11.791 T€). In Relation zu den verdienten Beiträgen machten die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung im abgelaufenen Berichtsjahr 38,7 Prozent (Vj. 40,7 Prozent) aus.

Die Schadenkostenquote brutto sank auf 94,7 Prozent (Vj. 97,6 Prozent) und konnte somit erneut deutlich unter 100 Prozent abschließen.

Das Volumen der passiven Rückversicherung blieb im Geschäftsjahr 2022 mit 31.434 T€ (Vj. 31.445 T€) nahezu unverändert. Von den abgegebenen Rückversicherungsbeiträgen entfielen rund 90 Prozent auf die ARAG Allgemeine, mit der ein Quotenrückversicherungsvertrag besteht. Diese Aktionärsquote beträgt unverändert 50 Prozent. Das Rückversicherungsgeschäft im abgelaufenen Berichtsjahr war insbesondere durch die Abwicklung der Unwetter-Elementarschäden und die daraus resultierenden Entlastungen der Bruttoschadenkennzahlen der Gesellschaft gekennzeichnet. In Summe erhöhte sich das versicherungstechnische Ergebnis der Rückversicherer im Berichtsjahr auf einen Gewinn in Höhe von 535 T€ (Vj. Verlust 2.725 T€).

Netto lag die Schadenkostenquote mit 92,9 Prozent (Vj. 87,7 Prozent) erneut deutlich unter 100 Prozent.

Zuzüglich des sonstigen versicherungstechnischen Ergebnisses wurde vor Schwankungsrückstellung ein versicherungstechnischer Gewinn von 1.472 T€ (Vj. 3.048 T€) erzielt. Der Schwankungsrückstellung wurden aufgrund der Schaden- und Beitragsentwicklung gemäß den Berechnungsvorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) 283 T€ (Vj. 98 T€) entnommen. Nach Schwankungsrückstellung schloss die versicherungstechnische Gesamtrechnung mit einem Gewinn von 1.755 T€ (Vj. 3.146 T€) ab.

Das nichtversicherungstechnische Ergebnis der Gesellschaft reduzierte sich deutlich von -152 T€ auf -1.197 T€, insbesondere durch einen gestiegenen Abschreibungsbedarf auf Kapitalanlagen sowie durch einen höheren sonstigen Aufwand. Insgesamt betrug das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit zum Ende des Berichtsjahres 559 T€ (Vj. 2.994 T€).

Nach Abzug der Steuerbelastung in Höhe von 37 T€ (Vj. 33 T€) endete das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresergebnis von 521 T€ (Vj. 2.961 T€), welches aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags mit der ARAG Allgemeine komplett abzuführen war.

Verlauf des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts Der Geschäftsverlauf in den einzelnen Versicherungszweigen des selbst abgeschlossenen Geschäfts wird unter Angabe der wesentlichen Ergebnispositionen wie folgt beschrieben:

Unfallversicherung: Die Beitragseinnahmen in der Allgemeinen Unfallversicherung betragen brutto 9.013 T€ (Vj. 9.265 T€). Für eigene Rechnung verblieb ein verdienter Beitrag von 4.417 T€ (Vj. 4.553 T€). Bei einem Schadenaufwand von 2.116 T€ (Vj. 1.947 T€) und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 1.689 T€ (Vj. 1.724 T€), jeweils für eigene Rechnung, wurde ein versicherungstechnischer Gewinn von 619 T€ (Vj. 890 T€) vor Schwankungsrückstellung erzielt. Nach einer Entnahme in Höhe von 545 T€ (Vj. 34 T€) aus der Schwankungsrückstellung ergab sich ein Gewinn von 1.164 T€ (Vj. 924 T€).

Haftpflichtversicherung: In der Allgemeinen Haftpflichtversicherung stiegen die Bruttobeitragseinnahmen von 5.186 T€ auf 5.444 T€. Für eigene Rechnung verblieb ein verdienter Beitrag von 2.497 T€ (Vj. 2.375 T€). Bei einem Schadenaufwand von 937 T€ (Vj. 599 T€) und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 953 T€ (Vj. 991 T€), jeweils für eigene Rechnung, entstand ein versicherungstechnischer Gewinn von 579 T€ (Vj. 789 T€). Eine Schwankungsrückstellung war weder im abgelaufenen Geschäftsjahr noch im Vorjahr zu bilden. Der auszuweisende Gewinn betrug demnach 579 T€ (Vj. 789 T€).

Verbundene Hausratversicherung: Die gebuchten Bruttobeiträge beliefen sich auf 14.727 T€ (Vj. 15.067 T€). Die nach Abzug der Rückversicherungsbeiträge verbliebenen verdienten Beiträge für eigene Rechnung von 6.972 T€ (Vj. 7.131 T€) konnten den Schadenaufwand von 3.318 T€ (Vj. 3.286 T€) und die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 2.771 T€ (Vj. 2.864 T€) ausgleichen, sodass ein versicherungstechnischer Gewinn von 700 T€ (Vj. 798 T€) auszuweisen war. Nachdem 8 T€ der Schwankungsrückstellung entnommen wurden (Vj. Zuführung 428 T€), erhöhte sich der versicherungstechnische Gewinn auf 708 T€ (Vj. 370 T€).

Verbundene Wohngebäudeversicherung: Die Beitragseinnahmen betragen brutto 20.495 T€ (Vj. 20.448 T€). Für eigene Rechnung verblieb ein verdienter Beitrag von 9.559 T€ (Vj. 9.646 T€). Bei einem Schadenaufwand von 7.290 T€ (Vj. 5.522 T€) und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 3.601 T€ (Vj. 3.997 T€), jeweils für eigene Rechnung, war ein versicherungstechnischer Verlust von 1.588 T€ (Vj. 126 T€) zu verzeichnen. Nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung von 238 T€ (Vj. 401 T€) ergab sich ein Verlust in Höhe von 1.826 T€ (Vj. 527 T€).

Übrige Versicherungen: Bei den übrigen betriebenen Versicherungszweigen überwogen die Bruttobeitragseinnahmen aus der Feuerversicherung mit 2.202 T€ (Vj. 2.189 T€), der Einbruchdiebstahlversicherung mit 1.356 T€ (Vj. 1.396 T€), der Glasversicherung mit 1.354 T€ (Vj. 1.354 T€) und der Technischen Versicherung mit 1.276 T€ (Vj. 1.332 T€). Ferner sind in den übrigen Versicherungen die Leitungswasserversicherung mit 922 T€ (Vj. 911 T€), die Sturmversicherung mit 786 T€ (Vj. 634 T€), die

Betriebsunterbrechungsversicherung mit 591 T€ (Vj. 587 T€) sowie die sonstigen Versicherungen enthalten. Für diese übrigen Sparten entstanden insgesamt verdiente Beiträge für eigene Rechnung von 5.357 T€ (Vj. 5.261 T€). Bei einem Schadenaufwand von 1.964 T€ (Vj. 2.256 T€) und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 2.131 T€ (Vj. 2.216 T€), jeweils für eigene Rechnung, war ein versicherungstechnischer Gewinn von 1.162 T€ (Vj. 696 T€) zu verzeichnen. Nach einer Zuführung von 32 T€ (Vj. Entnahme 893 T€) zur Schwankungsrückstellung ergab sich ein versicherungstechnischer Gewinn von 1.130 T€ (Vj. 1.589 T€).

Nichtversicherungstechnisches Ergebnis Das Kapitalanlageergebnis der Interlloyd belief sich im Geschäftsjahr 2022 auf 50 T€ (Vj. 593 T€) und verringerte sich damit gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres deutlich. Wie im Vorjahr wurde von der Möglichkeit der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip für solche Spezialfonds und Inhaberschuldverschreibungen Gebrauch gemacht, die durch den Vorstand zur dauernden Nutzung im Betriebsvermögen des Versicherungsunternehmens bestimmt wurden. Zum Bilanzstichtag bestanden hieraus unsaldierte stille Lasten aufgrund der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips in Höhe von 4.214 T€ (Vj. 4 T€). Ursächlich für den Rückgang des Kapitalanlageergebnisses waren unter anderem der um 274 T€ höhere Abschreibungsbedarf bei gleichzeitig ausbleibenden Erträgen aus Zuschreibungen auf Kapitalanlagen (Vj. 67 T€). Darüber hinaus reduzierte sich das Beteiligungsergebnis der Tochtergesellschaft VIF Gesellschaft für Versicherungsvermittlung mit beschränkter Haftung, Düsseldorf, auf 175 T€ (Vj. 344 T€). Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen betrug im Berichtsjahr 0,1 Prozent (Vj. 1,1 Prozent), die laufende Durchschnittsverzinsung belief sich auf 1,0 Prozent (Vj. 1,3 Prozent).

Das sonstige Ergebnis verringerte sich gegenüber dem Vorjahr auf –1.247 T€ (Vj. –745 T€). Grund hierfür waren insbesondere gestiegene Abfindungszahlungen.

Außerordentliches Ergebnis Im abgelaufenen Geschäftsjahr sowie im Vorjahr entstanden keine außerordentlichen Ergebnissachverhalte.

Gesamtergebnis Insgesamt verlief die Geschäftsentwicklung im Berichtsjahr unter Würdigung der Rahmenbedingungen für die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage erneut positiv. Das Jahresergebnis ist aufgrund des im Geschäftsjahr 1999 mit der ARAG Allgemeine geschlossenen Ergebnisabführungsvertrags in vollem Umfang in Höhe von 521 T€ (Vj. 2.961 T€) an die Muttergesellschaft abzuführen.

Vergleich der Geschäftsentwicklung mit der Prognose Der Vergleich der Geschäftsentwicklung 2022 mit der ursprünglichen Prognose zeigt, dass das prognostizierte Wachstum der gebuchten Bruttobeiträge nicht erreicht wurde. Im Vergleich zur Vorjahresprognose verfehlte die Interlloyd ihr Beitragsziel leicht, was hauptsächlich auf Prämienrückgänge in den Versicherungszweigen der Allgemeinen Unfallversicherung und der Verbundenen Hausratversicherung im nationalen Geschäft zurückzuführen war.

Der Schadenaufwand vor Rückversicherung erhöhte sich im Vergleich zur Vorjahresprognose spürbar, vorrangig bedingt durch einen höheren Schadenaufwand für Geschäftsjahresschäden in den Versicherungszweigen der Sachversicherungen. Nach

Rückversicherung blieb der Schadenaufwand ebenfalls leicht über der ursprünglichen Vorjahresprognose.

Hinsichtlich der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb wurde die Vorjahresprognose spürbar unterschritten. Zurückzuführen war dies auf eine geringere Provisionsbelastung, ausgelöst durch geringere Beitragseinnahmen.

Insgesamt konnte die Gesellschaft somit im Vergleich zur letztjährigen Prognose ihr Ergebnisziel vollständig erreichen.

Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements ist es, durch ausreichende Kapitalausstattung und Liquiditätssteuerung die jederzeitige Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft sicherzustellen und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Kapitalausstattung von Versicherungsunternehmen nicht nur zu erfüllen, sondern eine Überdeckung zu erreichen. Die Verpflichtung aus dem Versicherungsgeschäft sowie die aufsichtsrechtliche Anforderung an die Solvabilität sind im Berichtsjahr erfüllt.

Zur jederzeitigen Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus den Versicherungsverträgen des Unternehmens stehen neben laufenden Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbeständen in Höhe von 417 T€ (Vj. 309 T€) insbesondere die an den Kapital- und Finanzmärkten kurzfristig veräußerlichen Kapitalanlagen zur Verfügung.

Vermögenslage

Das Kapitalanlagevolumen sank im Geschäftsjahr 2022 um 1,1 Prozent auf 56.430 T€. Die Aufteilung der Kapitalanlagen nach Anlageklassen ergibt sich wie folgt:

Kapitalanlagestruktur

(in Tausend Euro)	2022		2021	
Verbundene Unternehmen und Beteiligungen	1.004	1,8 %	1.004	1,8 %
Aktien und Investmentanteile	13.678	24,2 %	13.852	24,3 %
Inhaberschuldverschreibungen	36.751	65,1 %	37.211	65,2 %
Namenschuldverschreibungen	4.000	7,1 %	4.000	7,0 %
Schuldscheinforderungen, Darlehen	996	1,8 %	1.000	1,7 %
Einlagen bei Kreditinstituten	0	0,0 %	0	0,0 %
	56.430	100,0 %	57.067	100,0 %

Aktien und Investmentanteile wurden nach § 341 b Abs. 2 Handelsgesetzbuch (HGB) mit einem Buchwert von 13.678 T€ (Vj. 13.852 T€) dem Anlagevermögen zugeordnet. Inhaberschuldverschreibungen wurden im Buchwertumfang von 34.758 T€ (Vj. 947 T€) wie Anlagevermögen behandelt.

Weitere Informationen über die Struktur der Kapitalanlagen und ihre Entwicklung ergeben sich aus der Übersicht unter den nichtversicherungstechnischen Angaben im Anhang.

Eigenkapital Die Interlloyd verfügt über ein gezeichnetes Kapital von 5.000 T€. Zusätzlich stehen als Haftungsmasse eine Kapitalrücklage im Umfang von 1.853 T€, eine gesetzliche Rücklage von 500 T€ sowie andere Gewinnrücklagen von 40 T€ zur Verfügung. Sie haben sich in ihrer Höhe im Geschäftsjahr nicht verändert.

Mitarbeiter

Bei der Erfüllung ihres Leistungsversprechens baut die Interlloyd auf eine kompetente, fokussierte und sehr leistungsbereite Belegschaft in Deutschland und in Spanien. Zum Ende des Geschäftsjahres 2022 zählte die Interlloyd insgesamt 53 (Vj. 53) Mitarbeiter.

Dank an die Mitarbeiter und den Betriebsrat

Die Interlloyd dankt allen Mitarbeitern und Vertriebspartnern für ihr Engagement und ihre Leistungsbereitschaft und den Kunden für das der Gesellschaft entgegengebrachte Vertrauen. Dieser Dank gilt ebenso dem Betriebsrat für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit.

III. Abhängigkeitsbericht und Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die ARAG Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf, hat nach § 20 Abs. 1 und 4 Aktiengesetz (AktG) mitgeteilt, dass sie 100 Prozent der Aktien der Interlloyd Versicherungs-AG hält.

Die ARAG Holding SE, Düsseldorf, ist mittelbar über die ARAG SE, Düsseldorf, wiederum mit Mehrheit an der ARAG Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft beteiligt. Damit ist die Interlloyd ein mittelbar im Mehrheitsbesitz der ARAG Holding SE stehendes und gemäß Artikel 9 Abs. 1 SE-Verordnung vom 10. November 2001 in Verbindung mit § 17 Abs. 2 AktG abhängiges Unternehmen im Sinne von § 17 Abs. 1 AktG.

Zum 1. Januar 1999 wurde ein Ergebnisabführungsvertrag mit der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, Düsseldorf, abgeschlossen, an die im Geschäftsjahr ein Gewinn in Höhe von 521 T€ (Vj. 2.961 T€) von der Interlloyd abgeführt wird. Die Erstellung eines Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG konnte aufgrund des Abschlusses dieses Ergebnisabführungsvertrags mit dem beherrschenden Unternehmen nach § 316 AktG entfallen.

Im April 2005 erwarb die Interlloyd 100 Prozent der Anteile an der VIF Gesellschaft für Versicherungsvermittlung mit beschränkter Haftung, Düsseldorf. Die VIF hat im Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss von 273 T€ (Vj. 175 T€) erwirtschaftet und ist mit einem gezeichneten Kapital von 30 T€ ausgestattet. Die VIF ist ein abhängiges und im Mehrheitsbesitz der Interlloyd stehendes Unternehmen gemäß § 17 AktG.

IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Die globale Konjunktur leidet seit 2022 unter der Kombination aus den Auswirkungen der anhaltenden COVID-19-Pandemie und des Offensiv-Kriegs der Russischen Föderation auf ukrainischem Staatsgebiet. Aus diesem unsicheren Marktumfeld resultieren Abwärtsrisiken, die bestehende Rezessionsorgen vorantreiben.

Die Entwicklung der Konjunktur steht auch weiterhin klar im Zeichen der COVID-19-Pandemie mit den damit verbundenen Risiken für Gesellschaft und Wirtschaft weltweit. Die Gefahr einer abermaligen Eskalation, verbunden mit erneuten restriktiven gesundheitspolitischen Maßnahmen, insbesondere harter Lockdowns, ist noch nicht vollständig ausgeräumt. Dies unterstreichen allein schon die drastischen Entwicklungen inklusive der abrupten Abkehr von der Null-COVID-Politik in der Volksrepublik China, von deren Produktionsstätten andere Länder weltweit abhängig sind. Ebenso wirkte sich der lang anhaltende Handelskonflikt zwischen der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten nachteilig auf die Wirtschaft aus. Versuche, über gezielte Zollerhebungen das bilaterale Handelsdefizit zwischen der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten zu beseitigen, scheiterten in der Vergangenheit.

Ebenso kann nicht ausgeschlossen werden, dass der im Februar 2022 begonnene Offensiv-Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine den Prognosezeitraum überdauert und die Sanktionen gegenüber Russland weiter bestehen bleiben. Durch die weitgehend eingestellten Erdgaslieferungen aus Russland ist die Versorgung der europäischen Länder mit Erdgas erschwert. Zudem ist die Gefahr gestiegen, dass die Speichervorkommen für 2023 nicht ausreichen werden, um die Nachfrage zu decken. Die verhängten Sanktionen sorgen für massive Preissteigerungen auf Erdgas, Rohöl und Strom, die – insbesondere auch in Europa – den weltweiten Preisauftrieb fördern, der bereits in der COVID-19-Pandemie einsetzte. Der Sachverständigenrat rechnet in seinem Jahresgutachten für das Geschäftsjahr 2023 mit einer Inflation im Euroraum von 7,4 Prozent (Vj. 8,5 Prozent) sowie ebenfalls von 7,4 Prozent in Deutschland (Vj. 8,0 Prozent).

Um den negativen wirtschaftlichen Einflüssen entgegenzuwirken, setzen Regierungen weltweit finanz- und fiskalpolitische Maßnahmen um. Die hohe Inflationsdynamik bringt die Notenbanken weltweit unter Zugzwang, sodass Experten eine Anhebung des Leitzinses durch die US-Notenbank auf über 4 Prozent und durch die EZB auf bis zu 3,3 Prozent im Jahr 2023 für möglich halten. Dies hätte zur Folge, dass die Aufnahme von Krediten und damit einhergehende Konsum- beziehungsweise Investitionsausgaben für Unternehmen und private Haushalte im Prognosezeitraum unattraktiver werden würden und dadurch auch das deutsche BIP weiter sinken könnte.

Der Russland-Ukraine-Konflikt wirkt sich auch auf die europäische Gemeinschaftswährung negativ aus. Durch die Abwertung des Euro verteuern sich Importe, vor allem auch der Bezug von Energie und Rohstoffen, da diese meist in US-Dollar abgerechnet werden. Die gestiegenen Energiekosten werden kurz- bis mittelfristig voraussichtlich zu einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher und europäischer Unternehmen auf dem globalen Markt führen. Dies kann die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Insolvenzen steigen.

Demgegenüber kann die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) kurzzeitig weiter sinken. Dies würde den vorherrschenden Arbeitskräftemangel verschärfen und die Besetzung offener Stellen erschweren. Andererseits geht eine stabilisierende Wirkung vom Arbeitsmarkt aus, da Unternehmen in vielen Bereichen bestrebt sein werden, angesichts fehlender Fachkräfte den vorhandenen Personalbestand zu halten.

Für den Ausblick im Prognosezeitraum überwiegen derzeit die genannten Unsicherheiten deutlich. Unter Berücksichtigung der bestehenden Risiken geht der Sachverständigenrat in seinem aktuellen Jahresgutachten für das Jahr 2023 von einem Abwärtstrend aus. Für den Euroraum rechnet er mit einem spürbar geringeren BIP-Wachstum in Höhe von 0,3 Prozent (Vj. 3,3 Prozent) und für Deutschland von –0,2 Prozent (Vj. 1,7 Prozent).

Die COVID-19-Pandemie wirkt sich auch im Jahr 2023 auf die deutsche Versicherungswirtschaft aus. So kann beispielsweise der Versicherungsbetrieb, je nach Verlauf des weiteren Infektionsgeschehens, erneut durch behördlich angeordnete Kontaktbeschränkungen oder Lockdowns beeinflusst werden.

Darüber hinaus bleibt der deutsche Versicherungsmarkt weiterhin durch einen intensiven Wettbewerb geprägt. In vielen Sparten bieten sich Chancen für größeres Prämiennwachstum und für einen Bestandsausbau oftmals nur im Rahmen eines Anbieterwechsels. Eine weiterhin hohe Inflation kann in einigen Sachversicherungssparten zu einem Anstieg des Stornos führen.

Große Chancen bietet dagegen unverändert das Themenfeld der Digitalisierung. Durch digitale Technologien wird es möglich sein, deutlich effizientere Wege für die Sachbearbeitung zu etablieren und vor allem die Kundenkontakte unabhängig von Zeit und Ort zu erleichtern und auszubauen. Grundsätzlich ist die nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft neben der Digitalisierung eine der bestimmenden Herausforderungen für die Versicherungswirtschaft. Ordnungspolitisch kommt hier der Versicherungswirtschaft gemeinsam mit der Kreditwirtschaft eine besondere Bedeutung zu.

Zusätzlich zum demografischen Wandel der kommenden Jahre stellt auch die Gefahr von Altersarmut weiterhin eine große Herausforderung für die Versicherungswirtschaft dar. Durch Altersarmut würde die Kaufkraft der Gesellschaft sinken.

Für Sachversicherer ergeben sich unverändert Risiken durch den Klimawandel. Die vergangenen Jahre haben deutlich gezeigt, dass nicht nur Stürme oder Orkane landesweite Naturgefahren darstellen, sondern auch Hagel, Hitze und durch Regen ausgelöste Elementarschadenereignisse. Zusätzlich kann es insbesondere in den Sachversicherungszweigen inflationsbedingt kurzfristig zu einem Anstieg des Schadenaufwands kommen.

Insgesamt werden die Beitragseinnahmen in der Versicherungswirtschaft in einer volkswirtschaftlich anhaltend problematischen Zeit jedoch weiter ansteigen. Für den deutschen Markt rechnet der GDV in seiner letzten Hochrechnung für 2023 mit einem Prämienplus von bis zu 3,0 Prozent (Vj. Beitragsrückgang von 0,3 Prozent). Für die Schaden- und Unfallversicherung liegt das prognostizierte Wachstum bei 6,1 Prozent (Vj. 4,0 Prozent). In der privaten Krankenversicherung wird ein Beitragsanstieg von 3,5 Prozent (Vj. 3,9 Prozent) erwartet.

Die Interlloyd sieht, unter Berücksichtigung der vorliegenden Chancen und Risiken, auch für 2023 eine stabile Grundlage für ein erfolgreiches und profitables Geschäftsjahr. Die Gesellschaft plant ein Beitragswachstum, welches leicht unter der Hälfte der Hochrechnung des GDV für das Segment Schaden- und Unfallversicherung liegen wird. Chancen zur Ausweitung des Geschäftsvolumens ergeben sich weiterhin insbesondere aus dem modularen Deckungsschutzaufbau in den Versicherungszweigen der privaten Unfall-, Haftpflicht-, Wohngebäude- und Hausratversicherung sowie aus dem individuellen Firmenkundengeschäft. Darüber hinaus hält die Gesellschaft an der eindeutigen Positionierung als „Maklerorientierte Versicherungsgesellschaft“ fest.

Hinsichtlich der Schadenentwicklung geht die Gesellschaft in ihrer Prognose von einer Nettoquote knapp über der des abgelaufenen Berichtsjahres aus. Die Nettokostenquote wird ebenfalls etwas über der des Jahres 2022 erwartet. Insgesamt ist für 2023 jedoch weiterhin eine Schadenkostenquote von deutlich unter 100 Prozent geplant, welche leicht über der Quote des Vorjahres liegen wird.

Die Einschätzung des Kapitalanlageergebnisses ist insbesondere aufgrund der weiterhin schwer einschätzbaren Auswirkungen des Russland-Ukraine-Konflikts auf Konjunktur und Finanzmärkte nach wie vor mit einer hohen Unsicherheit verbunden. Im Rahmen der strategischen Planung geht die Interlloyd daher, basierend auf ihrer konservativen Anlagepolitik, von einem Kapitalanlageergebnis aus, welches etwas über den durchschnittlichen Resultaten der vergangenen Berichtsjahre liegen wird.

Die Gesellschaft ist zuversichtlich, die Ertragsstärke in den kommenden Jahren auf weiterhin hohem Niveau halten zu können. Unter Berücksichtigung der vorliegenden Chancen und Risiken wird für das Jahr 2023 eine stabile Geschäftsentwicklung erwartet. Der abzuführende Gewinn nach Schwankungsrückstellung ist für 2023 jedoch deutlich über Vorjahresniveau geplant. Grund hierfür sind voraussichtlich erforderliche Entnahmen aus der Schwankungsrückstellung.

Risikobericht

Risikomanagementsystem

Risikostrategie Das in der Geschäftsstrategie genannte Ziel einer konservativen Risiko- und Solvabilitätspolitik gibt den Rahmen für die Ausgestaltung der Risikostrategie vor. Sie definiert das Risikoprofil der Gesellschaft und die mit den strategischen Geschäftszielen verbundene Ausgestaltung der einzelnen Risikopositionen. Ausgehend von der vom Vorstand festgelegten Risikotoleranz, werden darüber hinaus die Instrumente zur Einhaltung der vorgegebenen Risikotragfähigkeit beschrieben. Damit erfolgt eine ganzheitliche Steuerung der Risiken, wobei jederzeit sicherzustellen ist, dass das Gesamtrisikoprofil in Einklang mit der Risikostrategie steht. Die Quantifizierung von Risiken und die Messung der Risikotragfähigkeit erfolgen gemäß den gesetzlichen Regelungen von Solvency II.

Limitsystem Ausgehend von der Risikotoleranz und den gegebenen anrechnungsfähigen Eigenmitteln, wird ermittelt, wie hoch die Solvenzkapitalanforderung für die Gesellschaft insgesamt maximal sein darf. Der Vorstand legt anhand dieser Obergrenze ein Gesamtlimit fest, welches auf die wesentlichen Risiken beziehungsweise Subrisiken verteilt wird. Das Limitsystem wird jährlich überprüft. Auf Basis unterjähriger Berechnungen der Limitauslastung wird ermittelt, inwieweit Risiken weiter eingegangen werden können oder reduziert werden sollten. Sowohl für die Risikotragfähigkeit als auch für die Limitierung auf Ebene der Risikokategorien wird ein Ampelsystem genutzt, anhand dessen die Entwicklung der Limitauslastungen rechtzeitig erkannt wird und gegebenenfalls Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

ORSA Um das Ziel der konservativen Risiko- und Solvabilitätspolitik langfristig zu gewährleisten, wird im Own-Risk-and-Solvency-Assessment(ORSA)-Prozess geprüft, ob die zukünftige Entwicklung der bedeutendsten Einzelrisiken in den nächsten drei Geschäftsjahren beherrschbar bleibt. Dazu werden im ORSA-Prozess der unternehmens-eigene Gesamtsolvabilitätsbedarf sowie die Eigenmittel pro Planjahr ermittelt und daraus eine Indikation für die zukünftige Bedeckungssituation des Unternehmens abgeleitet. Für die jährliche Durchführung des ORSA-Prozesses ist der Vorstand verantwortlich und übernimmt darin eine führende Rolle.

Unabhängige Risikocontrollingfunktion Die Umsetzung des Risikomanagementsystems obliegt der unabhängigen Risikocontrollingfunktion, die von der Hauptabteilung Konzern Risikomanagement wahrgenommen wird. Das Konzern Risikomanagement ist dabei bis auf die Vorstandsebene von den operativen Einheiten mit Ergebnisverantwortung getrennt. Für die gesellschaftsübergreifende Umsetzung des Risikomanagementsystems innerhalb des Konzerns ist der Chief Risk Officer als Mitglied des Vorstands zuständig. Die Umsetzung erfolgt maßgeblich in Form einer Risk Governance, durch die mit konzernweit einheitlichen Leit- und Richtlinien Vorgaben für die Umsetzung der risikorelevanten Prozesse in der Gesellschaft festgelegt werden. Zudem sorgt die unabhängige Risikocontrollingfunktion durch regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand für umfassende Transparenz hinsichtlich der Risikolage und ihrer Veränderung.

Die operativen Entscheidungen über die Wahrnehmung von Chancen und das Eingehen von Risiken werden in den jeweils verantwortlichen Unternehmensbereichen getroffen.

Risikomanagementprozess Der Risikomanagementprozess besteht aus den Teilen Risikoidentifikation, Risikoanalyse, Risikobewertung, Risikosteuerung, Risikoüberwachung und Risikoberichterstattung. Ziel der Risikoidentifikation ist es, das Auftreten neuer oder die Veränderung bestehender Risiken frühzeitig zu erkennen und nach einem einheitlichen Verfahren zu bewerten. So werden beispielsweise Risiken aus der Erschließung neuer Märkte und der Einführung neuer Produkte in entsprechenden Prüfprozessen, wie zum Beispiel einem Neu-Produkt-Prozess, bereichsübergreifend identifiziert, analysiert, bewertet und dem Vorstand zur Entscheidung vorgelegt.

Im Hinblick auf eine angemessene Bewertung der Risiken werden Einflussfaktoren analysiert, die den Wert der relevanten Position in der Solvabilitätsübersicht bestimmen. Diese Einflussfaktoren werden dahin gehend überprüft, ob sie für die Bewertung des Risikos angemessen sind.

Alle identifizierten Risiken werden regelmäßig bewertet. Zentrales Element ist hierbei die für alle Verlustrisiken ermittelte Solvenzkapitalanforderung zur Abdeckung unerwarteter Verluste. Die Quantifizierung erfolgt dabei mit dem internen Partialmodell. Dieses bildet für die Risikopositionen den Wertverlust innerhalb einer bestimmten Haltedauer (ein Jahr) und einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (99,5 Prozent) ab. Die Methodik wird regelmäßig mit Backtesting und Validierungstests überprüft. Außerdem werden die Risikopositionen kontinuierlich einem Stresstest unterzogen. Zusätzlich erfolgt eine Bewertung im ORSA-Prozess.

Die operative Steuerung der Risiken wird von den Führungskräften und Prozessinhabern derjenigen Bereiche durchgeführt, in denen die Risiken entstehen. Die Risikosteuerung umfasst die Umsetzung von Maßnahmen zu Risikominderung, -absicherung, -transfer und -diversifikation.

Im Rahmen der Risikoüberwachung wird insbesondere die Entwicklung des Risikoprofils untersucht. Dabei stehen die Risikotragfähigkeit und die Limitauslastung im Vordergrund. Die Risikoüberwachung berücksichtigt die aufsichtsrechtlichen und internen Vorgaben zur Mindestbedeckung. Über die Ergebnisse der Risikoüberwachung und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen wird dem Vorstand kontinuierlich und zeitnah Bericht erstattet. Grundsätzlich können auch überraschende Entwicklungen oder extreme Ereignisse das Risikoprofil einer Gesellschaft beeinflussen. Aus diesem Grund erfolgt im Bedarfsfall eine Ad-hoc-Berichterstattung.

Internes Steuerungs- und Kontrollsystem Unter dem Internen Steuerungs- und Kontrollsystem (ISKS) werden alle Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen sowie sonstigen Maßnahmen verstanden, die dazu dienen, die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit zu unterstützen sowie Risiken frühzeitig zu erkennen und zu minimieren. Zudem wird die Einhaltung der zu beachtenden Gesetze und Verordnungen sowie aller aufsichtsbehördlichen Anforderungen und internen Vorgaben sichergestellt.

Der ARAG Konzern folgt bei der Ausgestaltung des ISKS dem „Three Lines of Defence“-Modell:

- **First Line of Defence:** Die erste Verteidigungslinie wird von allen Mitarbeitern und Führungskräften der operativen Funktionen gebildet, welche im Rahmen des Risikokontrollprozesses für die Identifikation und Bewertung der Risiken ihres Bereichs verantwortlich sind.
- **Second Line of Defence:** Die Überwachung der Geschäfts- und Zentralbereiche erfolgt durch Querschnittsfunktionen (Konzerncontrolling, Recht/Compliance, Konzern Risikomanagement und die Versicherungsmathematische Funktion), die Standards für die Ausgestaltung und Überwachung von Kontrollen und den Umgang mit Risiken vergeben.
- **Third Line of Defence:** Im Rahmen der Revisionstätigkeit für die Konzerngesellschaften prüft die Hauptabteilung Konzern Revision die Funktionen der First und Second Line of Defence innerhalb des ARAG Konzerns. Darüber hinaus führt die Hauptabteilung Konzern Revision für die Konzerngesellschaften die Revisionstätigkeit aus, die ihr diese vertraglich übertragen haben. Gemäß den von der Geschäftsleitung erteilten Aufträgen führt die Konzern Revision eine risikoorientierte Prüfung der Aufbau- und Ablauforganisation und des ISKS aller Betriebs- und Geschäftsprozesse durch.

Risikokategorien

Das versicherungstechnische Risiko und das Marktrisiko haben für die Gesellschaft eine hohe Bedeutung, während das Gegenparteausfallrisiko, das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko von nachgelagerter Bedeutung sind.

Versicherungstechnisches Risiko Das versicherungstechnische Risiko gibt das Risiko eines Verlusts an, das aus einer unangemessenen Preisfestlegung beziehungsweise aus nicht angemessenen Annahmen bei der Bestimmung der versicherungstechnischen Verpflichtungen resultiert. Diese Verluste ergeben sich unter anderem aus Folgendem:

- **Prämien-/Reserverisiko:** Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der versicherten Ereignisse und in Bezug auf die Dauer und den Betrag der Schadenabwicklung im Verhältnis zu den in einer Versicherungsperiode vereinnahmten Prämien
- **Katastrophenrisiko:** wesentliche Ungewissheiten in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Bildung versicherungstechnischer Rückstellungen für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse
- **Stornorisiko:** negative Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Storno- und Kündigungsraten von Versicherungspolicen

Die Bewertung der genannten Risiken erfolgt anhand eines internen Modells. Mithilfe einer Simulation wird der Verlust prognostiziert, wie er nur alle 200 Jahre erwartet wird. (Das 200-Jahres-Ereignis gibt den Verlust an, wie er innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,5 Prozent vorkommt.) Ausgehend von den historischen Schäden, werden für das Prämien- beziehungsweise Reserverisiko künftige Schäden beziehungsweise Reservierungsbedarfe abgeleitet. Analog werden für das Katastrophen- beziehungsweise Kumulrisiko Verluste simuliert. Die Berechnung des Stornorisikos erfolgt auf Basis historischer Storni. Das versicherungstechnische Risiko selbst ergibt sich aus der Aggregation der Einzelrisiken. Dabei werden Diversifikationseffekte berücksichtigt.

Zu den Risikobegrenzungsmaßnahmen gehören die Limitierung von Risiken sowie ein Rückversicherungsprogramm, das sich insbesondere auf die Absicherung von Groß- und Kumulschäden aus Naturgefahren durch nicht-proportionale Rückversicherungsverträge fokussiert.

Die Stetigkeit des Versicherungsgeschäfts sowie die konstant ausreichende Dotierung der Schadenrückstellungen ist den nachfolgenden Angaben über die Schadenentwicklung des gesamten selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts für die letzten zehn Geschäftsjahre zu entnehmen.

Schadenentwicklung

Bilanzjahr	Schadenquote, brutto, gesamt		Abwicklungsergebnis
	GJ-Quote	bilanziell	in % der Eingangsrückst.
2022	56,3	53,9	3,0
2021	61,0	56,7	6,5
2020	52,8	45,6	11,1
2019	51,7	49,2	4,3
2018	53,0	50,8	3,6
2017	46,3	45,3	1,7
2016	56,2	50,1	10,7
2015	63,7	57,0	12,6
2014	63,3	54,8	14,3
2013	68,4	59,1	14,9

Marktrisiko Das Marktrisiko gibt das Risiko eines Verlusts durch nachteilige Veränderungen der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente an. Das Risiko resultiert direkt oder indirekt aus folgenden Subrisiken:

- Zinsrisiko: Veränderungen in der Zinskurve oder Volatilität der Zinssätze. Beispielsweise würde ein angenommener Anstieg beziehungsweise Abfall des allgemeinen Zinsniveaus um 1 Prozentpunkt den Zeitwert der Rententitel näherungsweise um 2,0 Millionen € vermindern beziehungsweise erhöhen.
- Aktienrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Aktien. Beispielsweise würde ein angenommener Rückgang des Aktienmarkts um 20 Prozent zu einem Zeitwertverlust von 1,1 Millionen € führen.

- Immobilienrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Immobilien
- Wechselkursrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Wechselkurse
- Spreadrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Kreditspreads über der risikofreien Zinskurve
- Migrations-/Ausfallrisiko: Veränderungen von Ratings oder prognostizierten Zahlungsausfällen. Die Ratingverteilung der Zinsträger stellt sich wie folgt dar:

Festverzinsliche Wertpapiere nach Ratingklasse (Direktanlage und Fonds)

(Anteil in Prozent nach Marktwerten)

31.12.2022

AAA	26,2
AA	22,4
A	22,3
BBB	23,3
BB	4,0
B	1,6
CCC	0,1
CC	0,0
C	0,0
D	0,0
NR	0,0

Die Aufteilung der Rentenpapiere (Marktwerte) stellt sich wie folgt dar: Von den festverzinslichen Wertpapieren – einschließlich der indirekt über Spezialfonds gehaltenen Wertpapiere – entfallen circa 31,9 Prozent auf Finanzdienstleistungsunternehmen, 36,4 Prozent auf öffentliche Anleihen und 31,8 Prozent auf Unternehmensanleihen.

Die Bewertung der genannten Risiken erfolgt mit einem internen Modell. Mithilfe eines ökonomischen Szenariogenerators werden Kapitalmarktszenarien simuliert, welche jeweils unter anderem Zinssätze, Aktienkurse, Immobilienpreise, Kreditspreads, Ratings beziehungsweise Zahlungsausfälle und Wechselkurse enthalten. Mit diesen Risikofaktoren werden die Marktwerte der Kapitalanlagen bestimmt, wie sie in einem Jahr auftreten könnten. Das Marktrisiko selbst ergibt sich aus dem 200-Jahres-Ereignis bei der simultanen Betrachtung aller Risikofaktoren sowie dem Konzentrationsrisiko. Dabei werden Diversifikationseffekte berücksichtigt.

Zu den Risikobegrenzungsmaßnahmen gehören die Limitierung von Risiken sowie Grenzen in den Anlagerichtlinien für die operative Kapitalanlage.

Liquiditätsrisiko Das Liquiditätsrisiko gibt das Risiko wieder, dass Versicherungsunternehmen nicht in der Lage sind, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen. Damit ist das Liquiditätsrisiko ein abgeleitetes Risiko, zum einen als Ausprägung des Kapitalanlagerisikos (Assets sind nicht liquide) und zum anderen als Ausprägung des versicherungstechnischen Risikos (fällige Versicherungsleistungen übersteigen die liquiden Mittel).

Die Bewertung des Liquiditätsrisikos erfolgt in der Form, dass die monatliche Liquiditätsüber- beziehungsweise -unterdeckung rollierend berechnet wird. Die Planung wird permanent aktualisiert, sodass frühzeitig erkennbar ist, ob ein Liquiditätsbedarf in den nächsten Monaten bestehen könnte. Die Bewertung über den mittel- bis langfristigen Zeithorizont erfolgt im Rahmen des Asset Liability Managements (ALM).

Zu den Risikobegrenzungsmaßnahmen gehören das ALM sowie eine rollierende Liquiditätsplanung.

Gegenparteiausfallrisiko Das Gegenparteiausfallrisiko aus dem Versicherungsgeschäft bezieht sich im Wesentlichen auf Forderungen gegenüber Rückversicherern und Versicherungsnehmern beziehungsweise -vermittlern. Es gibt das Verlustrisiko an, das sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verringerung der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern während der nächsten zwölf Monate ergibt.

Die Bewertung des Gegenparteiausfallrisikos erfolgt mit dem internen Partialmodell. Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Rückversicherern wird in Abhängigkeit von den verfügbaren Informationen und unter Proportionalitätsgesichtspunkten bewertet. Dabei werden explizit die individuellen Ratings der Rückversicherer verwendet. Risiken aus dem Ausfall von Forderungen an Versicherungsnehmer und -vermittler werden bewertet. Der Forderungsbetrag gegenüber Rückversicherern befindet sich im Anhang.

Zu den Risikobegrenzungsmaßnahmen gehören unter anderem Vorgaben für die ausgewählten Rückversicherer (zum Beispiel Mindestrating) sowie ein automatisiertes Erinnerungs- und Mahnverfahren bei Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern.

Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern, die seit über 90 Tagen fällig waren, bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 55 T€ (Vj. 63 T€). Die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Jahre, bezogen auf die Beitragseinnahmen, liegt bei 0,1 Prozent (Vj. 0,1 Prozent).

Operationelles Risiko Das operationelle Risiko gibt das Risiko wieder, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen oder Systemen, dem Fehlverhalten von Mitarbeitern oder durch unerwartete externe Ereignisse ergibt, die den Geschäftsbetrieb stören oder gar verhindern. Das operationelle Risiko umfasst auch Rechtsrisiken. Reputationsrisiken sowie Risiken, die sich aus strategischen Entscheidungen ergeben, fallen hingegen nicht unter das operationelle Risiko.

Zur Ermittlung der Solvenzkapitalanforderung verwendet die Gesellschaft die Standardformel. Die Bewertung für operative Zwecke erfolgt durch eine Expertenschätzung anhand der Dimensionen „Eintrittswahrscheinlichkeit“ und „Auswirkung“. Die Dimension „Eintrittswahrscheinlichkeit“ beschreibt die Wahrscheinlichkeit, dass ein operationelles Risiko innerhalb eines definierten Zeitraums eintritt. Die zweite Dimension beschreibt die potenzielle Auswirkung eines operationellen Risikoeintritts und wird quantitativ oder qualitativ bewertet. Jede Dimension ist als Brutto- und Nettowert zu erfassen. Die Bruttowerte geben den Wert vor Implementierung von möglichen risikomindernden

Maßnahmen an, die Nettowerte den Wert nach Implementierung der gewählten Maßnahmen. Die Risikobegrenzungsmaßnahmen werden individuell von den Verantwortlichen festgelegt. Bei der Identifizierung und Bewertung operationeller Risiken berücksichtigen die Risikoverantwortlichen bekannte Schadenereignisse, welche in einer Verlustdatenbank erfasst sind. Darin werden sämtliche eingetretenen Verlustereignisse und deren tatsächliche Auswirkungen erfasst. So können die subjektiven Einschätzungen plausibilisiert werden. Zusätzlich werden wesentliche operationelle Risiken im Rahmen der Risikoanalyse der strategischen Positionierung im ORSA-Prozess betrachtet.

Für Risiken, die Auswirkungen auf das gesamte Unternehmen haben können, gibt es vorab definierte Notfallpläne. So wurde beispielsweise ein Notfallmanagement eingerichtet, durch welches im Fall eines Cyberangriffs spezielle Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Damit werden die Folgen eines Angriffs minimiert. Durch ein laufendes Monitoring der Umsetzung der jeweils angewandten Maßnahmen ist die dauerhafte Wirksamkeit der Risikominderung gewährleistet.

Gesamtbild der Risikolage

Die aufsichtsrechtliche Mindestkapitalanforderung nach den Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) ist vollumfänglich erfüllt. Zudem übersteigen die anrechnungsfähigen Eigenmittel die gemäß VAG berechnete Solvenzkapitalanforderung.

Über den Projektionszeitraum von drei Jahren wurden die Risiken aus den Szenarien Kosten- und Schadenanstieg, anhaltende Inflation mit Zinsanstieg sowie die Auswirkung des Klimawandels auf die Kapitalanlage bewertet. Das Ergebnis zeigt für die nächsten Jahre eine ausreichende Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung.

Neben den genannten Risiken können eine mangelnde Energieversorgung sowie Kapitalmarktentwicklungen einen negativen Einfluss auf das Geschäftsmodell haben.

Die Auswirkungen einer nachhaltigen Energieknappheit bis hin zum Energiemangel würden neben den Folgen für den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft insbesondere die Versicherungstechnik und die Kapitalanlage betreffen. In der Versicherungstechnik verringert sich durch einen Anstieg der Energiekosten die Kaufkraft der Privatkunden, was das Neugeschäft erschweren und eventuell auch zu einem Stornoanstieg führen kann. Weiterhin wären vermehrte Sachschäden durch unzureichende Wärme- oder Stromversorgung möglich, welche wiederum das Risiko für Betriebsunterbrechungen fördern. Je nach Ausfallszenario können regionale Kumulereignisse entstehen. Gezielte Maßnahmen zur Stornovermeidung, Stärkung des Neugeschäfts und der Vertriebe sowie die Bereitstellung von ausgewählten Services mildern diese Auswirkungen ab. In der Kapitalanlage könnten Marktwertverluste bei Aktien und Unternehmensanleihen von Unternehmen auftreten, die nicht existenzielle Verbrauchsgüter anbieten oder energieintensiv sind. Das Kapitalanlageportfolio wird jedoch laufend auf Folgen der Energiekrise untersucht, indem anfällige Unternehmen und Sektoren einer regelmäßigen Diskussion unterliegen. Aus diesen Diskussionen leiten sich gegebenenfalls weitere Maßnahmen ab.

Das aktuelle Kapitalmarktumfeld (geopolitische Krisen, Inflation, Leitzinserhöhung und drohende Rezession) stellt eine Herausforderung für die Interlloyd dar. Bei Aktieninvestitionen besteht die Wahrscheinlichkeit einer zunehmenden Volatilität mit einem allgemeinen Rückgang der Aktienbewertungen. Zudem wird infolge einer sich abschwächenden Weltwirtschaft und vielfältiger wirtschaftlicher und operativer Herausforderungen für Firmen die Profitabilität leiden, was eine Ausweitung von Spreads zur Folge hat. Dies kann zu einer Abwertung der Marktwerte von Unternehmensanleihen führen, besonders im High-Yield-Bereich. Durch die Einhaltung der strategischen Asset-Allokation und die Umsetzung des definierten Risikoüberwachungsprozesses werden die Risiken laufend und effektiv überwacht und gesteuert.

Die Gesamtrisikosituation lässt derzeit keine Entwicklungen erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden beziehungsweise eine erhebliche Beeinträchtigung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage zur Folge haben könnten.

Jahresabschluss

Jahresabschluss	27
Jahresbilanz	28
Gewinn- und Verlustrechnung	32
<hr/>	
Anhang	36
I. Allgemeine Angaben	36
II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	36
III. Versicherungstechnische Angaben	42
IV. Nichtversicherungstechnische Angaben	44
V. Nachtragsbericht	47
VI. Sonstige Angaben	48
VII. Organe der Gesellschaft	50
<hr/>	
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	51
<hr/>	
Bericht des Aufsichtsrats	58
<hr/>	
Weitere Informationen	61
<hr/>	

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2022

Aktivseite

(in Euro)

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

- I. Geschäfts- oder Firmenwert

B. Kapitalanlagen

- I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
- II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen
 1. Anteile an verbundenen Unternehmen
 2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen
 3. Beteiligungen
 4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
- III. Sonstige Kapitalanlagen
 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere
 3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen
 4. Sonstige Ausleihungen
 - a) Namensschuldverschreibungen
 - b) Schuldscheinforderungen und Darlehen
 - c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine
 - d) Übrige Ausleihungen
 5. Einlagen bei Kreditinstituten
 6. Andere Kapitalanlagen
- IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft

C. Forderungen

- I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft
 1. an Versicherungsnehmer
 2. an Versicherungsvermittler
davon an verbundene Unternehmen: 0,00 € (Vj. 20,34 €)
- II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft
davon an verbundene Unternehmen: 1.611.120,78 € (Vj. 2.310.256,60 €)
- III. Sonstige Forderungen
davon an verbundene Unternehmen: 1.040.336,80 € (Vj. 594.133,12 €)

D. Sonstige Vermögensgegenstände

- I. Sachanlagen und Vorräte
- II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand
- III. Andere Vermögensgegenstände

E. Rechnungsabgrenzungsposten

- I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten
- II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

F. Aktive latente Steuern

G. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Summe der Aktiva

Die Deckungsrückstellung für Renten zur Allgemeinen Unfallversicherung beträgt zum 31. Dezember 2022 3.569.061,00 € und zur Allgemeinen Haftpflichtversicherung 117.094,00 €. Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter Posten B. III. 1. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341f und g HGB sowie unter Beachtung der aufgrund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist.

				31.12.2022	31.12.2021
				0,00	
				0,00	0,00
				0,00	0,00
				1.004.435,41	1.004.435,41
				0,00	0,00
				0,00	0,00
				0,00	0,00
				1.004.435,41	1.004.435,41
				13.678.241,65	13.851.749,62
				36.750.869,62	37.211.062,41
				0,00	0,00
				4.000.000,00	4.000.000,00
				995.985,00	1.000.000,00
				0,00	0,00
				0,00	0,00
				4.995.985,00	5.000.000,00
				0,00	0,00
				0,00	0,00
				55.425.096,27	56.062.812,03
				0,00	0,00
				56.429.531,68	57.067.247,44
				1.475.989,56	1.340.743,99
				115.236,77	56.467,92
				1.591.226,33	1.397.211,91
				1.611.120,78	2.310.256,60
				1.080.253,13	594.995,01
				4.282.600,24	4.302.463,52
				0,00	0,00
				417.015,27	309.274,79
				12.746,59	27.278,83
				429.761,86	336.553,62
				240.263,92	265.855,86
				0,00	0,00
				240.263,92	265.855,86
				0,00	0,00
				0,00	0,00
				61.382.157,70	61.972.120,44

Düsseldorf, den 12. Januar 2023
 Die Verantwortliche Aktuarin

Kathrin Khelaifia,
 Dipl.-Mathematikerin

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2022

Passivseite

(in Euro)

A. Eigenkapital

- I. Gezeichnetes Kapital
- II. Kapitalrücklage
- III. Gewinnrücklagen
 - 1. Gesetzliche Rücklage
 - 2. Andere Gewinnrücklagen
- IV. Bilanzgewinn

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

- I. Beitragsüberträge
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft
- II. Deckungsrückstellung
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft
- III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft
- IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft
- V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen
- VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

C. Andere Rückstellungen

- I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
- II. Steuerrückstellungen
- III. Sonstige Rückstellungen

D. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

E. Andere Verbindlichkeiten

- I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft
 - 1. gegenüber Versicherungsnehmern
 - 2. gegenüber Versicherungsvermittlern
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 0,00 € (Vj. 0,00 €)
- II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 0,00 € (Vj. 0,00 €)
- III. Sonstige Verbindlichkeiten
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 2.026.742,19 € (Vj. 3.089.476,15 €)
davon aus Steuern: 839.439,06 € (Vj. 837.543,87 €)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 2.091,45 € (Vj. 2.004,13 €)

F. Rechnungsabgrenzungsposten

G. Passive latente Steuern

Summe der Passiva

			31.12.2022	31.12.2021
		5.000.000,00		5.000.000,00
		1.852.771,59		1.852.771,59
	500.000,00			500.000,00
	40.000,00			40.000,00
		540.000,00		540.000,00
		0,00		0,00
			7.392.771,59	7.392.771,59
	13.453.432,35			13.432.741,78
	6.662.397,84			6.662.947,62
		6.791.034,51		6.769.794,16
	0,00			0,00
	0,00			0,00
		0,00		0,00
	48.766.199,63			47.230.716,39
	27.907.562,32			27.295.922,21
		20.858.637,31		19.934.794,18
	0,00			0,00
	0,00			0,00
		0,00		0,00
		15.701.291,00		15.984.502,00
	660.000,00			670.000,00
	0,00			0,00
		660.000,00		670.000,00
			44.010.962,82	43.359.090,34
		3.893.460,00		3.510.364,00
		0,00		0,00
		793.939,27		659.665,56
			4.687.399,27	4.170.029,56
			0,00	0,00
	1.716.869,87			2.135.563,03
	639.507,69			967.572,09
		2.356.377,56		3.103.135,12
		0,00		0,00
		2.934.646,46		3.947.093,83
			5.291.024,02	7.050.228,95
			0,00	0,00
			0,00	0,00
			61.382.157,70	61.972.120,44

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

(in Euro)

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

- a) Gebuchte Bruttobeiträge
- b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge

c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge

d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen

2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung

3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung

4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

a) Zahlungen für Versicherungsfälle

aa) Bruttobetrag

bb) Anteil der Rückversicherer

b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

aa) Bruttobetrag

bb) Anteil der Rückversicherer

5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen

6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung

7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb

b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung

9. Zwischensumme

10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen

11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung

Übertrag:

			2022	2021
	60.257.998,87			60.239.336,81
	-31.433.594,73			-31.445.488,06
		28.824.404,14		28.793.848,75
	-20.690,57			342.163,01
	-549,78			-171.069,70
		-21.240,35		171.093,31
			28.803.163,79	28.964.942,06
			9.777,00	9.229,00
			40.222,80	41.065,92
	30.955.524,73			27.209.233,88
	-16.253.952,19			-14.504.584,19
		14.701.572,54		12.704.649,69
	1.535.483,24			7.133.230,20
	-611.640,11			-6.228.098,26
		923.843,13		905.131,94
			15.625.415,67	13.609.781,63
			10.000,00	30.000,00
			0,00	0,00
		24.556.213,35		24.803.021,26
		-13.412.156,75		-13.011.832,66
			11.144.056,60	11.791.188,60
			621.552,73	596.759,79
			1.472.138,59	3.047.506,96
			283.211,00	98.467,00
			1.755.349,59	3.145.973,96
			1.755.349,59	3.145.973,96

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

(in Euro)

Übertrag:

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Erträge aus Kapitalanlagen

- a) Erträge aus Beteiligungen
davon aus verbundenen Unternehmen: 175.000,00 € (Vj. 344.000,00 €)
- b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
davon aus verbundenen Unternehmen: 0,00 € (Vj. 0,00 €)
 - aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
 - bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
- c) Erträge aus Zuschreibungen
- d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen
- e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen

2. Aufwendungen für Kapitalanlagen

- a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen
- b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen
- c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen
- d) Aufwendungen aus Verlustübernahme

3. Technischer Zinsertrag

4. Sonstige Erträge

5. Sonstige Aufwendungen

6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit

- 7. Außerordentliche Erträge
- 8. Außerordentliche Aufwendungen
- 9. Außerordentliches Ergebnis

10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

11. Sonstige Steuern

12. Erträge aus Verlustübernahme

- 13. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne

14. Jahresüberschuss

				2022	2021
				1.755.349,59	3.145.973,96
		175.000,00			344.000,00
	0,00				0,00
	470.919,18				492.339,07
		470.919,18			492.339,07
		0,00			67.197,68
		7.732,50			13.990,00
		0,00			0,00
			653.651,68		917.526,75
		104.310,55			88.493,40
		489.409,18			215.894,60
		177,18			10.638,00
		0,00			0,00
			593.896,91		315.026,00
			9.777,00		9.229,00
				49.977,77	593.271,75
			805.375,49		425.889,96
			2.052.005,43		1.171.139,00
				- 1.246.629,94	- 745.249,04
				558.697,42	2.993.996,67
			0,00		0,00
			0,00		0,00
				0,00	0,00
				558.697,42	2.993.996,67
			36.904,53		26.776,05
			419,93		5.921,27
				37.324,46	32.697,32
				0,00	0,00
				521.372,96	2.961.299,35
				0,00	0,00

Anhang

I. Allgemeine Angaben

Rechnungslegungsvorschriften

Die Interlloyd Versicherungs-AG ist im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter der Nummer HRB 34575 eingetragen. Firmensitz ist ARAG Platz 1, 40472 Düsseldorf. Die Gesellschaft hat den vorliegenden Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Berücksichtigung der ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften und der ergänzenden Vorschriften für Versicherungsunternehmen, des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz [VAG]) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt. Für die Gliederung des Jahresabschlusses wurden die Formblätter 1 und 2 gemäß § 2 RechVersV verwendet.

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB. Deswegen und aufgrund der Verpflichtung nach § 341a Abs. 1 HGB wurden die Rechnungslegungsvorschriften für große Kapitalgesellschaften angewendet.

II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die sich aus den maßgeblichen Rechtsvorschriften ergebenden Bilanzierungsgrundsätze und Bewertungsvorschriften wurden berücksichtigt.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls gekürzt um Abschreibungen aufgrund des Eintretens einer dauerhaften Wertminderung. Im Geschäftsjahr waren deswegen, wie auch im Vorjahr, keine Abschreibungen vorzunehmen. Zuschreibungen aufgrund des Wegfalls des Grunds für einen niedrigeren Wertansatz sind im Geschäftsjahr, wie auch im Vorjahr, ebenfalls nicht erfolgt.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit einem Anteilsbesitz von mindestens 20,0 Prozent, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu dienen, bestanden im Geschäftsjahr an der VIF Gesellschaft für Versicherungsvermittlung mit beschränkter Haftung, Düsseldorf. Die 100-prozentige Tochtergesellschaft der Interlloyd erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss von 272.881,60 € (Vj. 175.003,64 €) und wies zum 31. Dezember 2022 ein Eigenkapital von 304.353,58 € (Vj. 206.471,98 €) aus.

Die Bewertung der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere sowie der Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere**, die nicht zur dauernden Verwendung wie Anlagevermögen bestimmt wurden, erfolgte mit den Anschaffungskosten beziehungsweise dem niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag.

Im Geschäftsjahr wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip auf Aktien und Investmentanteile wie im Vorjahr keine Abschreibungen vorgenommen, während auf Anleihen Abschreibungen in Höhe von 3.162,11 € (Vj. 141.825,00 €) gebucht wurden. Wertaufholungen auf diese Titel erfolgten im Geschäftsjahr nicht (Vj. 12.950,00 €).

Von der Möglichkeit der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurde für solche Spezial-Investmentfondsanteile und Inhaberschuldverschreibungen Gebrauch gemacht, die durch den Vorstand zur dauernden Nutzung im Betriebsvermögen des Versicherungsunternehmens bestimmt wurden. Sämtliche Spezialfonds sowie ein wesentlicher Teil der Inhaberschuldverschreibungen sind bei der Interlloyd der dauernden Vermögensanlage gewidmet und wurden wie Anlagevermögen behandelt. Im Berichtsjahr wurden Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 34.773.565,00 € vom Umlaufvermögen in das Anlagevermögen umgewidmet, da diese Papiere dem dauerhaften Geschäftsbetrieb dienen. Die durch diese Umwidmung vermiedenen Abschreibungen betragen 3.972.516,31 €. Zur Ermittlung des nachhaltigen Fondswerts erfolgt ein Durchgriff auf die Einzelbestandteile des Sondervermögens. Kriterien zur Überprüfung von nachhaltigen Wertänderungen sind unter anderem bei Rententiteln deren Rating und Nominalwert. Für Aktien werden Vergleiche mit historischen Bewertungsparametern herangezogen. Liegt eine nachhaltige Wertminderung vor, wird eine Abschreibung auf die Summe der nachhaltigen Werte der im Investmentfonds enthaltenen Wertpapiere durchgeführt. Aufgrund der hohen Volatilität auf den Kapitalmärkten wurden zwischen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) Grundsätze zur Ermittlung des beizulegenden Werts spezifiziert. Der fachliche Hinweis des IDW-Versicherungsfachausschusses (VFA) zur handelsrechtlichen Bewertung von Kapitalanlagen bei Versicherungsunternehmen nach § 341b HGB vom 27. Oktober 2022 wurde berücksichtigt. Zuschreibungen werden bis zu den historischen Anschaffungskosten durchgeführt, wenn eine nachhaltige Kurserholung eintritt.

Die Inhaberschuldverschreibungen, die wie Anlagevermögen behandelt werden, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Für die Inhaberschuldverschreibungen im Anlagevermögen wurde das gemilderte Niederstwertprinzip angewendet. Für solche Wertpapiere, deren Bonitätseinstufung unterhalb von BBB- (Second-Best-Rating) liegt oder für die ein Downgrade von zwei Notches oder mehr erfolgt, wird die Ausfallwahrscheinlichkeit und die Ausfallverlustquote ermittelt. Demnach erfolgt eine Abschreibung nach Bonitätsrisiko maximal auf den beizulegenden Wert. Dies gilt auch, wenn sich im Laufe der Besitzzeit das Rating des Emittenten unter die genannte Schwelle absenkt. Für Wertpapiere ohne jegliches Rating gilt das strenge Niederstwertprinzip. Agio- und Disagioträge wurden unter Anwendung der Effektivzinsmethode berücksichtigt. Da hier die Agio- und Disagioträge nicht in den aktiven beziehungsweise passiven Rechnungsabgrenzungsposten, sondern im Buchwert der Wertpapiere selbst ausgewiesen werden, hat diese Behandlung zu saldierten Zu-/Abgängen in Höhe von 2.366,41 € (Vj. – 35.516,34 €) geführt.

Abschreibungen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurden auf diese Investmentanteile in Höhe von 482.232,07 € (Vj. 74.069,60 €) durchgeführt. Diese entfielen auf Spezialfonds in Höhe von 473.519,57 € (Vj. 74.069,60 €) sowie auf Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 8.712,50 € (Vj. 0,00 €). Wertaufholungen auf diese Titel erfolgten im Geschäftsjahr nicht (Vj. 54.247,68 €).

Zum Bilanzstichtag bestanden unsaldierte stille Lasten aufgrund der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips in Höhe von 4.214.287,62 € (Vj. 4.058,49 €).

Namensschuldverschreibungen sind mit dem Nennwert beziehungsweise dem Rückforderungsbetrag bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert waren im Geschäftsjahr sowie im Vorjahr nicht erforderlich. Zum Bilanzstichtag bestanden stille Lasten von 236.810,77 € (Vj. 0,00 €). Agio- und Disagiobeträge wurden durch aktive beziehungsweise passive Rechnungsabgrenzung linear auf die Laufzeit verteilt und berücksichtigt. Zero-Namensschuldverschreibungen werden, sofern vorhanden, mit ihren Anschaffungskosten oder ihrem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Schuldscheinforderungen und Darlehen werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, soweit nicht dauerhafte Wertminderungen vorliegen. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert waren im Geschäftsjahr in Höhe von 4.015,00 € (Vj. 0,00 €) erforderlich. Zum Bilanzstichtag bestanden stille Lasten von 88.981,47 € (Vj. 0,00 €). Agio- und Disagiobeträge wurden unter Anwendung der Effektivzinsmethode berücksichtigt. Bei den im Direktbestand der Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen befindlichen strukturierten Produkten handelt es sich gemäß der Verlautbarung IDW RS HFA 22 des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) um einfach strukturierte Produkte.

Die Kapitalanlagen sind den Geschäftseinheiten (Hauptverwaltung und Niederlassung) individuell zugeordnet. Die Zuordnung ist durch die Erfassung im jeweiligen Buchwerk der Geschäftseinheit dokumentiert. Entsprechend der Zuordnung werden auch die Erträge aus den Kapitalanlagen der jeweiligen Geschäftseinheit zugeordnet. Im jährlichen Rhythmus wird die Zuordnung auf der Grundlage der modifizierten Kapitalaufteilungsmethode der deutschen Finanzverwaltung, die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) anerkannt wird, überprüft und gegebenenfalls über Ausgleichszahlungen angepasst.

Die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** sind grundsätzlich zum Nennwert bilanziert. Soweit erforderlich, werden **Forderungen an Versicherungsnehmer** abgeschrieben beziehungsweise unter Berücksichtigung eines überschrittenen vordefinierten Fälligkeitszeitraums einzel- oder entsprechend den Ausfällen der Vorjahre pauschalwertberichtigt. Forderungen an Versicherungsnehmer, die sich im gerichtlichen Mahnverfahren befinden, wurden in voller Höhe abgeschrieben. Die **Forderungen an Versicherungsvermittler** werden grundsätzlich bedarfsgerecht durch Einzelwertberichtigungen in Höhe der mutmaßlichen Ausfälle vermindert, sofern nicht bereits größere Teilzahlungen geleistet wurden.

Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft bestehen aus dem abgegebenen Versicherungsgeschäft. Der Saldo von 1.611.120,78 € (Vj. 2.310.256,60 €) ergibt sich komplett aus dem an die ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, Düsseldorf, abgegebenen Versicherungsgeschäft. Die Bilanzierung erfolgte in Höhe der noch offenen Abrechnungssalden.

In den **sonstigen Forderungen** sind im Wesentlichen Abrechnungssalden aus konzerninternen Dienstleistungen enthalten. Alle Posten haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr. Sie werden mit dem Nennwert bewertet.

Der Bestand an **laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand** ist zu Anschaffungskosten bewertet. Diese entsprechen dem Nennwert. Auf fremde Währung lautende Bankbestände bestehen wie im Vorjahr nicht. Die Bestände werden durch Bankauszüge und Kassenprotokolle nachgewiesen. Erteilte Zahlungsaufträge, die zum Bilanzstichtag noch nicht ausgeführt waren, sind von den Beständen für den Bilanzausweis abgezogen worden.

Die **anderen Vermögensgegenstände** sind mit den Nennwerten, die den Anschaffungskosten entsprechen, bilanziert.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten im Wesentlichen abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsansprüche für den Ertragszeitraum vor dem Bilanzstichtag.

Soweit zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen Differenzen auftreten, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich umkehren, entstehen darauf **latente Steuern** zum unternehmensindividuellen Steuersatz. Bei der Ermittlung der latenten Steuern werden aktive und passive latente Steuern saldiert. Da mit der ARAG SE über die ARAG Allgemeine eine körperschaft-, gewerbe- und umsatzsteuerliche Organisation besteht, werden die latenten Steuern auf Ebene des Organträgers abgebildet.

Das **gezeichnete Kapital** ist durch die Aktionäre in voller Höhe eingezahlt. Die **Kapitalrücklage** enthält Beiträge, die Aktionäre in das Eigenkapital der Gesellschaft nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB eingezahlt hatten. Die gesetzliche Rücklage ist vollständig dotiert.

Die **Bruttobeitragsüberträge** für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurden, ausgehend von den gebuchten Beiträgen und Stornierungen, pro rata temporis berechnet und um die darin enthaltenen Ratenzuschläge gekürzt. Die Überträge werden um die nicht übertragsfähigen Einnahmeteile gekürzt. Als nicht übertragsfähige Einnahmeteile werden danach 85 Prozent der Provisionen und sonstigen Bezüge der Vertreter angesetzt. Die Anteile der Rückversicherer an den Beitragsüberträgen wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wird grundsätzlich einzeln ermittelt und nach dem individuellen Bedarf bewertet. Die in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthaltene Rentendeckungsrückstellung wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß der Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) sowie einem unternehmensindividuellen Höchstzinssatz von 0,25 Prozent (Vj. 0,25 Prozent), durch die Verantwortliche Aktuarin der Gesellschaft unter Einbeziehung der für die Regulierung erforderlichen Aufwendungen einzeln berechnet.

Für Spätschäden und Wiedereröffnungen werden auf der Grundlage von Erfahrungswerten Pauschalrückstellungen gebildet.

Aufgrund der positiven Abwicklung großer und mittlerer Vorjahresschadenfälle, insbesondere im Zweig der Verbundenen Wohngebäudeversicherung, beträgt das Bruttoabwicklungsergebnis der Gesellschaft 3,0 Prozent (Vj. 6,5 Prozent), bezogen auf die korrespondierende Eingangsreserve.

Außerdem wurde eine Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen angesetzt. Die Bewertung wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung unter Berücksichtigung der dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen vorgenommen. Dabei wurden die Wertverhältnisse am Abschlussstichtag zugrunde gelegt. Die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gebildeten Rentendeckungsrückstellungen blieben im Berechnungsverfahren unberücksichtigt.

Der **technische Zinsertrag** wurde mit 0,25 Prozent (Vj. 0,25 Prozent) des arithmetischen Mittels aus Anfangs- und Endbestand der Rentendeckungsrückstellungen berechnet.

Die **Schwankungsrückstellung** ist gemäß § 341h HGB in Verbindung mit § 29 RechVersV gebildet worden. Die Aufteilung der errechneten Schwankungsrückstellung auf das nationale Geschäft und die Niederlassungen erfolgt, sofern notwendig, nach verdienten Bruttobeiträgen in dem jeweiligen Versicherungszweig.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen wurden für folgende Risiken gebildet:

Die **Stornorückstellung** für Wagnisfortfall und Wagnisminderung im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft ist im Berichtsjahr nach einem auf Erfahrungswerten beruhenden Stornosatz berechnet worden. Die Aufteilung auf die einzelnen Versicherungszweige wird nach dem Beitragsschlüssel vorgenommen.

Die Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen in der Gewinn- und Verlustrechnung resultiert ausschließlich aus der Stornorückstellung.

Die **Anteile der Rückversicherer** an den versicherungstechnischen Rückstellungen werden entsprechend den jeweils geltenden Quoten-, Fakultativ- und Schadenexzedentenverträgen ermittelt.

Die **Pensionsrückstellungen** wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß der Projected Unit Credit Method (PUC-Methode) auf der Grundlage der Richttafeln 2018 G von Heubeck mit einem Diskontierungssatz von 1,79 Prozent (Vj. 1,87 Prozent) berechnet. Neben den aktuellen Gegebenheiten wurden auch künftige Entwicklungen hinsichtlich Gehälter, Renten und Fluktuation berücksichtigt. Die Pensionsverpflichtungen wurden gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz, der sich im Falle von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren ergibt, abgezinst. Der verwendete Zinssatz wurde auf Basis der Marktdaten zum 31. Oktober 2022 zum Jahresende prognostiziert und leitet sich aus der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) ab. Für die Bewertung wurde unter Nutzung des Wahlrechts von § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB eine pauschale Restlaufzeit von 15 Jahren unterstellt. Folgende versicherungsmathematischen Parameter wurden für die Ermittlung der Verpflichtungen verwendet: Pensionsalter: frühestmögliches Alter gemäß Rentenversicherungs-Altersgrenzenanpassungsgesetz (RVAGAnpG), Gehaltsdynamik: 2,50 Prozent, Rentendynamik: 2,30 Prozent. Die berücksichtigte Fluktuation entspricht dem allgemein beobachtbaren altersabhängigen Durchschnitt der Branche und beeinflusst den Erfüllungsbetrag nur geringfügig.

Die Aktivwertansprüche aus der Rückdeckungsversicherung wurden mit der Verpflichtung aus den Pensionszusagen verrechnet. Der beizulegende Zeitwert der Aktivwertansprüche entspricht dem Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden in Höhe von 20.545,00 € (Vj. 19.396,00 €).

Das Wahlrecht gemäß Artikel 28 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) zur Unterlassung der Bildung von Pensionsrückstellungen für Altzusagen ist nicht in Anspruch genommen worden.

Die **sonstigen Rückstellungen** werden generell in Höhe des Betrags angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Erfüllung der Verpflichtung notwendig ist. Diese haben im Allgemeinen eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Aus der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr fielen Zinsaufwendungen in Höhe von 1.546,51 € (Vj. 1.769,52 €) an. Zinserträge hieraus entstanden wie im Vorjahr keine.

Folgende wesentliche sonstige Rückstellungen unterliegen spezifischen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen:

Für Jubiläumzahlungen aus Anlass von Dienstjubiläen der Mitarbeiter wurde im Berichtsjahr eine **Jubiläumsrückstellung** gebildet. Die Berechnung erfolgte nach der projizierten Einmalbeitragsmethode unter Beachtung der Sterblichkeit nach den Richttafeln 2018 G von Heubeck und der Verwendung eines Diskontsatzes (Sieben-Jahres- Durchschnitt) von 1,45 Prozent (Vj. 1,35 Prozent). Die Fluktuation wurde mit durchschnittlich 1,5 Prozent und die Gehaltsdynamik mit 2,5 Prozent berücksichtigt. Als Endalter wurde das frühestmögliche Pensionsalter gemäß dem RVAGAnpG gewählt.

Die **anderen Verbindlichkeiten** sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Die Restlaufzeit beträgt im Allgemeinen weniger als ein Jahr. Die **Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** sind mit dem Nennwert bewertet. Alle anderen Verbindlichkeiten, die nicht verzinslich sind, wurden mit dem Nennwert oder dem höheren Erfüllungsbetrag bewertet. Die **sonstigen Verbindlichkeiten** sind mit den Erfüllungsbeträgen bilanziert.

Zeitwertangaben gemäß § 54 RechVersV

Zeitwerte für die Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Grundsätzlich wurden die Anteile und Beteiligungen nach dem Ertragswertverfahren bewertet.

Zeitwerte der Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen sowie Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere

Die Ermittlung der Zeitwerte der Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen sowie Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere erfolgte entsprechend der bereits zuvor beschriebenen Bewertungsverfahren dieser Bilanzpositionen.

Zeitwerte der sonstigen Kapitalanlagen

Für die Ermittlung von Marktwerten bei nicht börsennotierten Papieren (Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen) wird als Kalkulationsgrundlage die Swapkurve herangezogen. Hier wird der der Laufzeit des zu bewertenden Papiers entsprechende Zinssatz auf der Swapkurve ermittelt. Etwaige Zu- und Abschläge („Spreads“) aufgrund der Ausgestaltung des jeweiligen Papiers (Laufzeit, Sicherheiten, Ratings etc.) werden entsprechend berücksichtigt. Die restlichen ausgewiesenen Kapitalanlagen wurden mit Marktwerten angesetzt.

In der Aufstellung der Kapitalanlagen im Anhang unter IV. „Nichtversicherungstechnische Angaben“ sind die Zeitwerte nach Anlageklasse angegeben.

III. Versicherungstechnische Angaben

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

(in Tausend Euro)

	Gesamtes Versicherungs- geschäft		Unfall- versicherung		Haftpflicht- versicherung	
	2022	2021	2022	2021	2022	2021
Gebuchte Bruttobeiträge	60.258	60.239	9.013	9.265	5.444	5.186
Verdiente Bruttobeiträge	60.237	60.581	9.047	9.309	5.390	5.153
Verdiente Nettobeiträge	28.803	28.965	4.417	4.553	2.497	2.375
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	32.491	34.342	4.533	3.981	1.666	1.092
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	24.556	24.803	3.599	3.612	2.107	2.102
davon Abschlussaufwendungen	2.585	3.118	369	124	224	416
davon Verwaltungsaufwendungen	21.971	21.685	3.230	3.488	1.883	1.686
Rückversicherungssaldo	535	-2.725	290	821	980	1.173
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R. vor Schwankungsrückstellung	1.472	3.048	619	890	579	789
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R. nach Schwankungsrückstellung	1.755	3.146	1.164	924	579	789
Versicherungstechnische Bruttoreückstellung insgesamt	78.581	77.318	24.004	23.723	4.037	3.678
davon Bruttoreückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	48.766	47.231	19.397	18.532	2.698	2.394
davon Stornorückstellung	660	670	99	104	60	58
davon Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellung	15.701	15.985	2.864	3.410	0	0
Anzahl mindestens einjähriger Versicherungsverträge	385.803	383.444	53.494	54.909	54.342	51.753
Technischer Zinsertrag f. e. R. i. Z. mit Rentendeckungsrückstellungen (0,25 Prozent)	10	9	10	9	0	0

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	2022	2021
(in Stück)		
National	381.990	379.524
Übrige Mitgliedstaaten Europäische Gemeinschaft / Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum	3.813	3.920
Gesamt	385.803	383.444

Rechtsschutz- versicherung		Feuer- und Sachversicherungen		davon Verbundene Hausratversicherung		davon Verbundene Wohngebäude- versicherung		davon sonstige Sachversicherung		Sonstige Versicherungen	
2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021
0	0	43.118	43.332	14.727	15.067	20.495	20.448	7.896	7.818	2.684	2.457
0	0	43.199	43.654	14.794	15.209	20.497	20.614	7.908	7.832	2.601	2.465
0	0	20.408	20.626	6.972	7.131	9.559	9.646	3.877	3.849	1.481	1.412
0	-20	25.363	27.880	6.546	7.418	15.816	17.483	3.001	2.979	929	1.410
0	0	17.799	18.059	6.069	6.254	8.357	8.384	3.373	3.421	1.052	1.030
0	0	1.817	2.275	619	637	840	1.125	357	513	176	303
0	0	15.982	15.784	5.450	5.618	7.517	7.259	3.015	2.907	876	728
0	0	-871	-4.560	1.096	351	-2.618	-5.651	651	739	135	-159
0	20	-186	1.187	700	798	-1.588	-126	702	515	460	161
0	20	-447	1.251	708	370	-1.826	-527	671	1.408	460	161
0	0	48.365	47.473	10.766	10.651	29.449	28.750	8.149	8.071	2.175	2.445
0	0	25.213	24.493	3.987	3.792	16.634	16.168	4.592	4.532	1.458	1.812
0	0	476	485	162	169	226	229	87	88	25	23
0	0	12.837	12.575	2.312	2.320	8.238	8.000	2.287	2.255	0	0
0	0	253.037	254.595	151.612	152.365	43.910	44.456	57.515	57.774	24.930	22.187
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Herkunft des Versicherungsgeschäfts nach gebuchten Beiträgen

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	2022	2021
<i>(in Tausend Euro)</i>		
National	59.827	59.827
Übrige Mitgliedstaaten Europäische Gemeinschaft / Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum	431	412
Gesamt	60.258	60.239

IV. Nichtversicherungstechnische Angaben

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis III. im Geschäftsjahr 2022

(in Tausend Euro)

	Bilanzwerte 31.12.2021
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	
1. Geschäfts- oder Firmenwert	0
2. Summe A.	0
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.004
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0
3. Beteiligungen	0
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0
5. Summe B. II.	1.004
B. III. Sonstige Kapitalanlagen	
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	13.852
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ¹⁾	37.211
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	0
4. Sonstige Ausleihungen	
a) Namensschuldverschreibungen	4.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.000
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0
d) Übrige Ausleihungen	0
5. Einlagen bei Kreditinstituten	0
6. Andere Kapitalanlagen	0
7. Summe B. III.	56.063
Insgesamt	57.067

¹⁾ Im Berichtsjahr wurden unter diesem Posten Umwidmungen von Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 34.774 T€ vom Umlaufvermögen in das Anlagevermögen vorgenommen.

Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte 31.12.2022	Zeitwerte gemäß § 54 RechVersV
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	1.004	2.383
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	1.004	2.383
300	0	0	474	13.678	14.493
1.030	1.478	0	12	36.751	32.790
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	4.000	3.763
0	0	0	4	996	907
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
1.330	1.478	0	490	55.425	51.953
1.330	1.478	0	490	56.429	54.336

Angaben zu Kapitalanlagen

Im Kapitalanlagebestand ist zum Abschlussstichtag kein **Investmentvermögen** enthalten, das zu mehr als 10,0 Prozent durch die Gesellschaft gehalten wird.

Eigenkapital

(in Euro)	2022	2021
Eigenkapital, gesamt	7.392.771,59	7.392.771,59
davon:		
I. Gezeichnetes Kapital		
Das Grundkapital beträgt Es ist eingeteilt in 5.000 voll eingezahlte Stückaktien	5.000.000,00	5.000.000,00
II. Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Ziff. 4 HGB		
Kapitalrücklage am 01.01.2022	1.852.771,59	1.852.771,59
Entnahme aus der Kapitalrücklage	0,00	0,00
Einstellung in die Kapitalrücklage	0,00	0,00
Kapitalrücklage am 31.12.2022	1.852.771,59	1.852.771,59
III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage		
Gesetzliche Rücklage am 01.01.2022	500.000,00	500.000,00
Einstellungen in Gewinnrücklagen	0,00	0,00
Gesetzliche Rücklage am 31.12.2022	500.000,00	500.000,00
2. Andere Gewinnrücklagen	40.000,00	40.000,00
IV. Bilanzgewinn	0,00	0,00

Die **gesetzliche Rücklage** war in den Vorjahren gemäß § 300 Aktiengesetz (AktG) zu bilden. Im Geschäftsjahr war keine Zuführung zur gesetzlichen Rücklage erforderlich.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Position berücksichtigt seit dem Jahr 2010 auch die Verrechnung von Anwartschaftsansprüchen aus der Rückdeckungsversicherung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB. Der Posten zum 31. Dezember 2022 ermittelt sich daher wie folgt:

Pensionsverpflichtungen

(in Euro)	2022	2021
Erfüllungsbetrag der erdienten Ansprüche	3.914.005,00	3.529.760,00
davon mit Aktivwertansprüchen verrechenbar	- 20.545,00	- 19.396,00
Verbleiben	3.893.460,00	3.510.364,00

Sonstige Rückstellungen

Unter dieser Position werden im Wesentlichen die Rückstellungen für die variable Vergütung 184.000,00 € (Vj. 183.000,00 €), Kosten für den Jahresabschluss 137.085,42 € (Vj. 132.937,15 €), Rückstellungen für Jubiläumsaufwendungen 130.342,00 € (Vj. 119.135,00 €), Urlaubs- und Gleitzeitrückstellungen 94.962,00 € (Vj. 90.881,00 €), Tantiemen 79.830,00 € (Vj. 0,00 €) sowie Aufwandsentschädigungen des Aufsichtsrats 47.500,00 € (Vj. 46.500,00 €) ausgewiesen. Weitere Rückstellungen betreffen ausstehende Eingangsrechnungen sowie übrige dem Grunde und/oder der Höhe nach ungewisse Verpflichtungen.

Außerordentliches Ergebnis

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 sowie im Vorjahr ist kein außerordentliches Ergebnis zu verzeichnen gewesen.

Steuern

Die Ertragsbesteuerung der Gesellschaft erfolgt aufgrund der ertragsteuerlichen Organschaft mit der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, Düsseldorf, grundsätzlich auf Ebene der Muttergesellschaft. Die Ergebnisse der realitätsnäheren Bewertung (BMF-Schreiben vom 5. Mai 2000) und Abzinsung der Schadenrückstellungen (BMF-Schreiben vom 20. Oktober 2016) werden bei der Ermittlung der ertragsteuerlichen Bemessungsgrundlage berücksichtigt.

Da mit der ARAG SE eine körperschaft-, gewerbe- und umsatzsteuerliche Organschaft besteht, werden die latenten Steuern aufgrund abweichender Wertansätze in der Handels- und Steuerbilanz der Gesellschaft auf Ebene des Organträgers abgebildet.

Der ausgewiesene Steueraufwand in Höhe von 37.324,46 € (Vj. 32.697,32 €) bezieht sich auf den Steueraufwand der internationalen Niederlassung in Spanien.

V. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2022 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten. Die bisherige Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2023 verläuft erwartungsgemäß.

VI. Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse nach §§ 251, 285 Nr. 3 a HGB

Die Gesellschaft hatte wie im Vorjahr keine sonstigen finanziellen Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse nach §§ 251, 285 Nr. 3 a HGB zu berichten.

Unterschiedsbetrag nach § 253 Nr. 6

Unterschiedsbeträge nach § 253 Nr. 6 entstehen bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen aus der Anwendung des Prozentsatzes des Zehn-Jahres-Durchschnitts im Vergleich zur Anwendung des Sieben-Jahres-Durchschnitts. Dieser beträgt zum Ende des Geschäftsjahres 262.429,00 € (Vj. 371.515,00 €).

Abschlussprüferhonorare

Mit dem Abschlussprüfer KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, wurden durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft für die Prüfung des Jahresabschlusses sowie der Solvabilitätsübersicht 2022 Honorare in Höhe von 48.530,00 € (Vj. 47.840,00 €) vereinbart. Die zusätzlich angefallene Umsatzsteuer in Höhe von 9.220,70 € (Vj. 9.089,60 €) ist als Aufwand erfasst, da grundsätzlich keine Vorsteuerabzugsberechtigung besteht. Weitere Steuerberatungsleistungen, zusätzliche Beratungs- und sonstige Nichtprüfungsleistungen sind darüber hinaus nicht angefallen.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

(in Euro)	2022	2021
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	15.063.552,57	15.167.107,05
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0,00	0,00
3. Löhne und Gehälter	3.835.058,58	3.723.556,53
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	634.131,23	630.579,94
5. Aufwendungen für Altersversorgung	486.113,23	270.078,96
Aufwendungen, gesamt	20.018.855,61	19.791.322,48

Mitarbeiter

Die Zahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt 53 (Vj. 51). Hiervon entfielen auf den nationalen Vertrieb 21 Mitarbeiter, auf den inländischen Betrieb und die nationale Schadenbearbeitung 27 Mitarbeiter, auf sonstige Bereiche ein Mitarbeiter sowie auf die spanische Niederlassung drei Mitarbeiter.

Bezüge des Aufsichtsrats und des Vorstands

Im abgelaufenen Geschäftsjahr beliefen sich die Bezüge des Aufsichtsrats der Gesellschaft auf 47.500,00 € (Vj. 46.500,00 €). Für Mitglieder des Vorstands fielen im Berichtsjahr 236.641,38 € (Vj. 324.996,47 €) an. Die Bezüge des Vorstands ergeben sich ausschließlich durch interne Weiterberechnungen von Konzernunternehmen; direkte Bezüge für Mitglieder des Vorstands, frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen fielen im Geschäftsjahr nicht an. Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind am Ende dieses Geschäftsberichts angegeben.

Konzernzugehörigkeit

An der Interlloyd Versicherungs-AG, Düsseldorf, ist die ARAG Allgemeine Versicherungs-AG, Düsseldorf, mit 100 Prozent beteiligt. An der ARAG Allgemeine wiederum ist die ARAG SE, Düsseldorf, mit 100 Prozent beteiligt. Die ARAG SE wird zusammen mit all ihren verbundenen Unternehmen in den Konzernabschluss der ARAG Holding SE, Düsseldorf, zum 31. Dezember 2022 miteinbezogen. Der Konzernabschluss der ARAG Holding SE wird im elektronischen Bundesanzeiger und im Unternehmensregister des Bundesministeriums der Justiz veröffentlicht. Die Interlloyd verzichtet aufgrund der befreienden Wirkung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts der ARAG Holding SE gemäß § 291 HGB auf die Erstellung eines Konzernabschlusses und Konzernlageberichts.

Düsseldorf, den 14. März 2023

Interlloyd Versicherungs-Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Uwe Grünewald

Zouhair Haddou-Temsamani

Christian Vogée

VII. Organe der Gesellschaft

Der Aufsichtsrat	Hanno Petersen	Vorstand der ARAG SE, Ratingen, Vorsitzender
	Dr. Matthias Maslaton	Vorstand der ARAG SE, Moers, stellv. Vorsitzender
	Dr. Alexander Hirsch	Rechtsanwalt, Meerbusch
Der Vorstand	Uwe Grünewald	Risikomanagement/Controlling/ Finanz- und Rechnungswesen, Düsseldorf
	Zouhair Haddou-Temsamani	Produktmanagement, Düsseldorf
	Christian Vogée	Vertrieb/Betrieb/Schaden, Düsseldorf

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Interlloyd Versicherungs-AG, Düsseldorf

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Interlloyd Versicherungs-AG, Düsseldorf, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Interlloyd Versicherungs-AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der

Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Bewertung der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle

Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft in Abschnitt II. Risikoangaben sind im Lagebericht in Abschnitt IV enthalten.

Das Risiko für den Abschluss

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts beträgt EUR 48,8 Mio. Dies entspricht 79,4% der Bilanzsumme; hieraus ergibt sich ein wesentlicher Einfluss auf die Vermögenslage der Gesellschaft.

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle setzt sich aus verschiedenen Teilschadenrückstellungen zusammen. Die Rückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle des selbstabgeschlossenen Versicherungsgeschäfts bilden hiervon den wesentlichen Teil.

Die Bewertung der Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle unterliegt Unsicherheiten hinsichtlich der voraussichtlichen Schadenhöhe und ist daher insbesondere bezogen auf die unbekanntesten Versicherungsfälle stark ermessensbehaftet. Die Schätzung darf nach handelsrechtlichen Grundsätzen nicht risikoneutral im Sinne einer Gleichgewichtung von Chancen und Risiken durchgeführt werden, sondern hat unter Beachtung des bilanzrechtlichen Vorsichtsprinzips (§ 341e Abs. 1 Satz 1 HGB) zu erfolgen.

Die Rückstellungen für bekannte Versicherungsfälle werden nach dem voraussichtlichen Aufwand für jeden einzelnen Schadenfall gebildet. Für bereits eingetretene aber noch nicht gemeldete Schadenfälle (unbekannte Schadenfälle) werden Spätschadenrückstellungen gebildet, die überwiegend nach Erfahrungssätzen berechnet werden; dabei kommen anerkannte versicherungsmathematische Verfahren zur Anwendung.

Das Risiko für den Abschluss besteht bei den zum Bilanzstichtag bereits bekannten Schadenfällen darin, dass die noch zu erwartenden Schadenzahlungen nicht in zutreffender Höhe zurückgestellt werden. Bei den unbekanntesten Schadenfällen besteht daneben das Risiko, dass diese nicht in zutreffendem Umfang geschätzt werden.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Bei der Prüfung der Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle haben wir als Teil des Prüfungsteams eigene Aktuarien eingesetzt und risikoorientiert insbesondere die folgenden wesentlichen Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir haben uns einen grundlegenden Überblick über den Prozess zur Ermittlung der Rückstellungen verschafft, wesentliche Prozessrisiken und die sie abdeckenden Kontrollen identifiziert sowie die identifizierten Kontrollen auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit hin getestet. Wir haben uns insbesondere davon überzeugt, dass die Kontrollen, mit denen die korrekte Bewertung sichergestellt werden soll, sachgerecht aufgebaut sind und zutreffend durchgeführt werden.
- Auf Basis einer bewussten Auswahl haben wir die Ordnungsmäßigkeit der Aktenführung und die Höhe einzelner, bekannter Schadenrückstellungen anhand der Aktenlage für verschiedene Versicherungszweige und -arten nachvollzogen.
- Wir haben die Berechnungen des Unternehmens zur Ermittlung der unbekanntes Spätschäden für eine risikoorientierte Auswahl einzelner Sparten nachvollzogen. Dabei haben wir insbesondere die Herleitung der geschätzten Anzahl der Schäden und deren Höhe auf der Grundlage historischer Erfahrungen und aktueller Entwicklungen gewürdigt.
- Die tatsächliche Entwicklung der im Vorjahr gebuchten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle haben wir anhand der Abwicklungsergebnisse analysiert.
- Anhand eines Zeitreihenvergleichs insbesondere von Schadenstückzahlen, Schadenhäufigkeiten und durchschnittlichen Schadenhöhen sowie der Geschäftsjahres- und bilanziellen Schadenquoten haben wir die Entwicklung der Schadenrückstellung analysiert.
- Wir haben eigene aktuarielle Reserveberechnungen für ausgewählte Segmente durchgeführt, die wir auf Basis von Risikoüberlegungen ausgewählt haben. Hierbei haben wir jeweils eine Punktschätzung vorgenommen und diese mit den Berechnungen der Gesellschaft verglichen.

Unsere Schlussfolgerungen

Die verwendeten Methoden zur Bewertung der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Schaden-/Unfall-Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle sind sachgerecht, stehen im Einklang mit den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen und wurden korrekt angewendet. Die zugrunde liegenden Annahmen wurden in geeigneter Weise abgeleitet

Sonstige Informationen

Der Aufsichtsrat ist für die sonstige Information „Bericht des Aufsichtsrats“ verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Geschäftsberichts. Die sonstigen Informationen umfassen nicht den Jahresabschluss, die inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben sowie unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten zu dem Schluss gelangen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung des Vorstands und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 31. März 2022 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 17. November 2022 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2020 als Abschlussprüfer der Interlloyd Versicherungs-AG tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht des geprüften Unternehmens angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für das geprüfte Unternehmen bzw. für die von diesem beherrschten Unternehmen erbracht:

- Prüfung der von der Interlloyd Versicherungs-AG zum 31. Dezember 2022 aufgestellten Solvabilitätsübersicht auf Einzelebene

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Thorsten Klitsch.

Köln, den 16. März 2023

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Klitsch
Wirtschaftsprüfer

gez. Bramkamp
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Im Berichtsjahr hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er hat die Geschäftsführung des Vorstands kontinuierlich überwacht sowie beratend begleitet und war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen unmittelbar eingebunden. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat regelmäßig, sowohl schriftlich als auch mündlich, zeitnah und umfassend über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Gesellschaft und deren Tochtergesellschaften, die vorgesehene Geschäftspolitik, die Unternehmensplanung, die Risikolage und das Risikomanagement sowie über bedeutende Einzelvorgänge. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Plänen und Zielen wurden vom Vorstand im Einzelnen erläutert und vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen und hinterfragt. Soweit für Geschäftsführungsmaßnahmen nach Gesetz oder anderen Regelungen eine Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich war, hat der Aufsichtsrat die dazu erforderlichen Informationen vom Vorstand in Gestalt entsprechender Berichte erhalten. Der Aufsichtsrat hat diese Berichte in seinen Sitzungen umfassend erörtert und mit dem Vorstand beraten sowie die erforderlichen Entscheidungen getroffen.

Der Aufsichtsrat überzeugte sich im vergangenen Geschäftsjahr in vier ordentlichen Sitzungen von der Ordnungs- und Zweckmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstands. Des Weiteren trat der Aufsichtsrat einmal, im Anschluss an die Hauptversammlung, zur konstituierenden Sitzung des Gremiums und seiner Ausschüsse zusammen. Die Sitzungen fanden entweder als Präsenzsitzungen oder remote via Microsoft-Teams-Besprechungen statt. Der Aufsichtsratsvorsitzende stand auch außerhalb der Aufsichtsratssitzungen in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand und ließ sich über die aktuelle Geschäftsentwicklung und die wesentlichen Geschäftsvorfälle informieren. Wesentliche Entwicklungen wurden dem Aufsichtsratsvorsitzenden tagesaktuell berichtet. Den Aufsichtsratsmitgliedern wurde regelmäßig ein schriftlicher Bericht über die Auswirkungen von COVID-19 auf die Interlloyd sowie ein Controllingbericht zu gebuchten Beiträgen, externen Schadenzahlungen und Provisionen zur Verfügung gestellt.

Die Tätigkeit des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr war insbesondere durch geopolitische Veränderungen infolge des Ukraine-Kriegs und deren Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung der Interlloyd geprägt. Der Aufsichtsrat ließ sich dementsprechend ausführlich zu möglichen Auswirkungen der Inflation und möglichen Gegenmaßnahmen, zur Angemessenheit der Schadenrückstellungen sowie zur Einhaltung von Sanktionsbestimmungen berichten. Weiterhin beschloss der Aufsichtsrat die Wiederbestellung von Herrn Zouhair Haddou-Temsamani als Mitglied des Vorstands und stimmte einer Anpassung des Geschäftsverteilungsplans für den Vorstand zu.

In den ordentlichen Sitzungen ließ sich der Aufsichtsrat insbesondere über die aktuelle Geschäftsentwicklung der Gesellschaft sowie der internationalen Einheit berichten. In Verbindung mit den vorgelegten Controlling- und Risikoberichten, dem Own-Risk-and-Solvency-Assessment(ORSA)-Bericht, den Kapitalanlageberichten sowie den Quartalsabschlüssen mit jeweils aktueller Prognoserechnung konnte sich der Aufsichtsrat umfassend über die Lage der Gesellschaft informieren. Der Aufsichtsrat befasste sich darüber hinaus mit Berichten über die Rückversicherungserneuerung für das Jahr 2022 und die Risikostrategie für das Jahr 2022 sowie sonstigen Vorgängen mit Relevanz für die Gesellschaft. Der Aufsichtsrat verabschiedete die strategische Planung für die Jahre 2023 bis 2025 und stimmte der neuen Fondsstruktur zu. Zudem wurde der Entwicklungsplan für den Aufsichtsrat für das Jahr 2023 verabschiedet, der Erteilung von Prokura zugestimmt und sich mit der Angemessenheit der Vorstandsbezüge und der Struktur der Vergütungssysteme beschäftigt. Schließlich ließ sich der Aufsichtsrat ausführlich zu neuen Produkten und deren Absatzchancen informieren.

Der vom Vorstand nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften für Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022 sind unter Einbeziehung der Buchführung von dem durch die Hauptversammlung am 31. März 2022 gewählten und mit der Prüfung beauftragten Abschlussprüfer, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

Die vorgenannten Unterlagen, der Geschäftsbericht und der Bericht des Abschlussprüfers sind den Mitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig vor der feststellenden Aufsichtsratssitzung ausgehändigt worden. Die Unterlagen wurden in der Sitzung vom Vorstand zusätzlich mündlich erläutert. Die Abschlussprüfer, die den Prüfungsbericht unterzeichnet haben, nahmen an den Beratungen des Aufsichtsrats über die Vorlagen teil, berichteten über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung und standen darüber hinaus für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Die Prüfungsplanung wurde im Rahmen einer Aufsichtsratssitzung durch KPMG vorgestellt.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind keine Einwendungen zu erheben. Der Aufsichtsrat hat nach eigener Prüfung dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts durch die Abschlussprüfer zugestimmt. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss sowie den Lagebericht gebilligt und damit den Jahresabschluss sowie den Lagebericht festgestellt. Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung vor, den Mitgliedern des Vorstands Entlastung zu erteilen.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand sowie allen Mitarbeitern für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.

Düsseldorf, den 30. März 2023

Interlloyd Versicherungs-Aktiengesellschaft

Der Aufsichtsrat

Hanno Petersen
(Vorsitzender)

Dr. Matthias Maslaton
(stellv. Vorsitzender)

Dr. Alexander Hirsch

Weitere Informationen

Aus rechentechnischen Gründen können im Geschäftsbericht Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (Währung, Prozent) auftreten.

Für eine bessere Lesbarkeit wird in diesem Bericht auf eine geschlechterspezifische Differenzierung verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung. Die verkürzte Sprachform hat redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung. Ohne Satz- und Sonderzeichen (zum Beispiel Doppelpunkt etc.) lassen sich zudem Texte blinden und sehbehinderten Menschen durch Computersysteme flüssiger vorlesen.

Impressum

Redaktion	ARAG Konzernkommunikation/Marketing
Gestaltung und Realisierung	Kammann Rossi GmbH, Köln

ARAG 5-30